

dispositio & opinio

Zeitschrift für Diskurs und Meinung

CALL FOR
PAPERS

Alternativlos — Wo bleiben die
Systemalternativen zu den aktuellen Krisen?

Marcel Overröder

»Die Plattformneutralität hat sich für sehr viele als vielversprechende, konsensfähige Idealvorstellung erwiesen.«



Julian von Mach

Antisemitismus



Tim Niendorf

Die Freiheit der Enthaltung



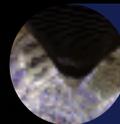
Sebastian Kirschner

Gott — Eine Schöpfung des Menschen?



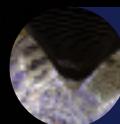
Frederic Quink

Die Alternative für Deutschland – eine rechtspopulistische Partei?



Torsten Gertkemper

Die europäische Integration in der »Krise«?



Editorial

»There is no alternative!«
— Margaret Thatcher



Liebe LeserInnen,

Wir freuen uns, dass ihr euch auch für die 2. Ausgabe von dispositio & opinio interessiert. Die Zeitschrift hat sich in den letzten drei Monaten, die seit der Veröffentlichung von Ausgabe 1 verstrichen sind, weiterentwickelt. Unsere Homepage verändert sich stetig und bei Facebook haben wir bereits über 100 likes.

Außerdem ist unsere Redaktion mittlerweile auf fünf Personen angewachsen. Für die Ressorts Politik und Wirtschaft konnten wir Tim Niendorf gewinnen, für das Ressort Gesellschaft Julian von Mach. Bei beiden möchten wir uns herzlich bedanken. Sie waren eine große Hilfe bei der Verwirklichung von Ausgabe 2. Auch unsere Korrektorin Svenja Hartmann verdient unseren Dank für ihre Arbeit.

Unsere Zeitschrift ist mit großen Plänen entstanden: Wir wollen eure Meinungen zu Themen, die euch bewegen und interessieren. Und innerhalb unserer Zeitschrift möchten wir mit euch diskutieren und auf die Artikel der anderen AutorInnen eingehen. Mit dreizehn Artikeln konnten wir in Ausgabe 1 bereits ein Ziel verwirklichen, nämlich eure Meinungen zu hören. Ausgabe 2 zeigt nun, dass auch der Diskurs beginnt. Besonders die begonnene Debatte über den Glauben ist auf Resonanz gestoßen und zwei Antworten haben uns erreicht. Auch auf den Artikel über die

Montagsdemos wird in dieser Ausgabe geantwortet und erstmals haben wir einen Diskurs zweier Autoren innerhalb einer Ausgabe der Zeitschrift.

Das Titelthema nahm das Problem mangelnder Systemalternativen in den Fokus. So gibt es zwar weltweite Proteste, jedoch - so scheint es - führen diese zu keinen fundamentalen Veränderungen. Auch in den Artikeln, welche sich mit der Problematik befassen, kommt zum Vorschein, dass der immer wieder aufkommende Ruf nach einem alternativen gesellschaftlichen, politischen oder ökonomischen System gar nicht so einfach zu beantworten ist.

Die 2. Ausgabe besteht aus insgesamt 14 Artikel, wir konnten also noch einmal zulegen. Einige AutorInnen waren bereits in Ausgabe 1 dabei und besonders freuen wir uns, dass so viele Neue einen Artikel beigesteuert haben!

Doch nicht nur inhaltlich hat sich viel verändert - stolz können wir euch auch ankündigen, dass es demnächst auch eine EPUB-Version unserer Zeitschrift zum Download geben wird! Somit könnt ihr die aktuelle Ausgabe von dispositio & opinio auch unterwegs lesen - auf eurem Smartphone oder eBook-Reader. Diese hat den Vorteil, dass sich der Text automatisch an euer Gerät anpasst und anders als die PDF-Datei somit auf jeder Bildschirmgröße angenehm zu lesen ist. Die erste Ausgabe wird demnächst ebenfalls als EPUB nachgereicht.

Und auch für alle, die ältere Artikel einmal nachschlagen wollen, haben wir gute Neuigkeiten: Im September werden wir die Artikel aus Ausgabe 1 online stellen, so dass ihr bequem ohne den Umweg über die PDF alte Beiträge nachschlagen könnt und auch weiterleiten könnt.

Viel hat sich also getan - und viel wird sich noch tun, denn wir stehen erst am Anfang! Doch nun wünschen wir euch erst einmal viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe!

Hendrik & Julius
Denn eure Meinung zählt.

Inhalt

Call for Papers: Alternativlos?



2 Marcel Ovrödder

Ein Wort mit Zukunft? Die Plattformneutralität

5 Hendrik Erz

Inhaltsleere Demos?

Gesellschaft



12 Lukas Mengelkamp

Ist das Frieden oder kann das weg? Die »neuen Montagsdemos«

16 Julian von Mach

Antisemitismus

18 Robert Klöckers

Tierversuche - Nager, Verschleiß und weitere Dinge, die es sich lohnt, zu wissen

22 Julius Lübbersmann

Die Wahl-»Pflicht«: Ein Plädoyer für die Pflicht zur Auseinandersetzung

24 Tim Niendorf

Die Freiheit der Enthaltung

Philosophie

Sebastian Kirschner 28

Gott - Eine Schöpfung des Menschen?

Samuel Kressner 30

Denn sie wissen nicht, was sie tun - Über den neuen Atheismus und sein Scheitern

Jonas Wagemann 32

Ist umfassender Tierschutz anthropozentrisch begründbar?



Politik

Frederic Quink 36

Die Alternative für Deutschland - Eine rechtspopulistische Partei?

Joshua Bung 38

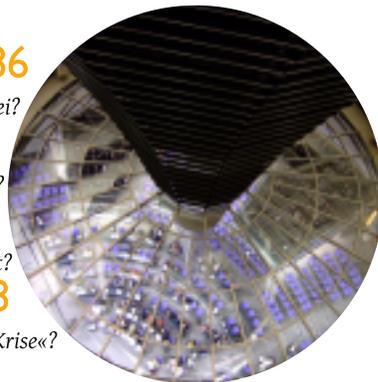
Deutsche Doppelmoral bei Waffenexporten?

Lukas Kamps 41

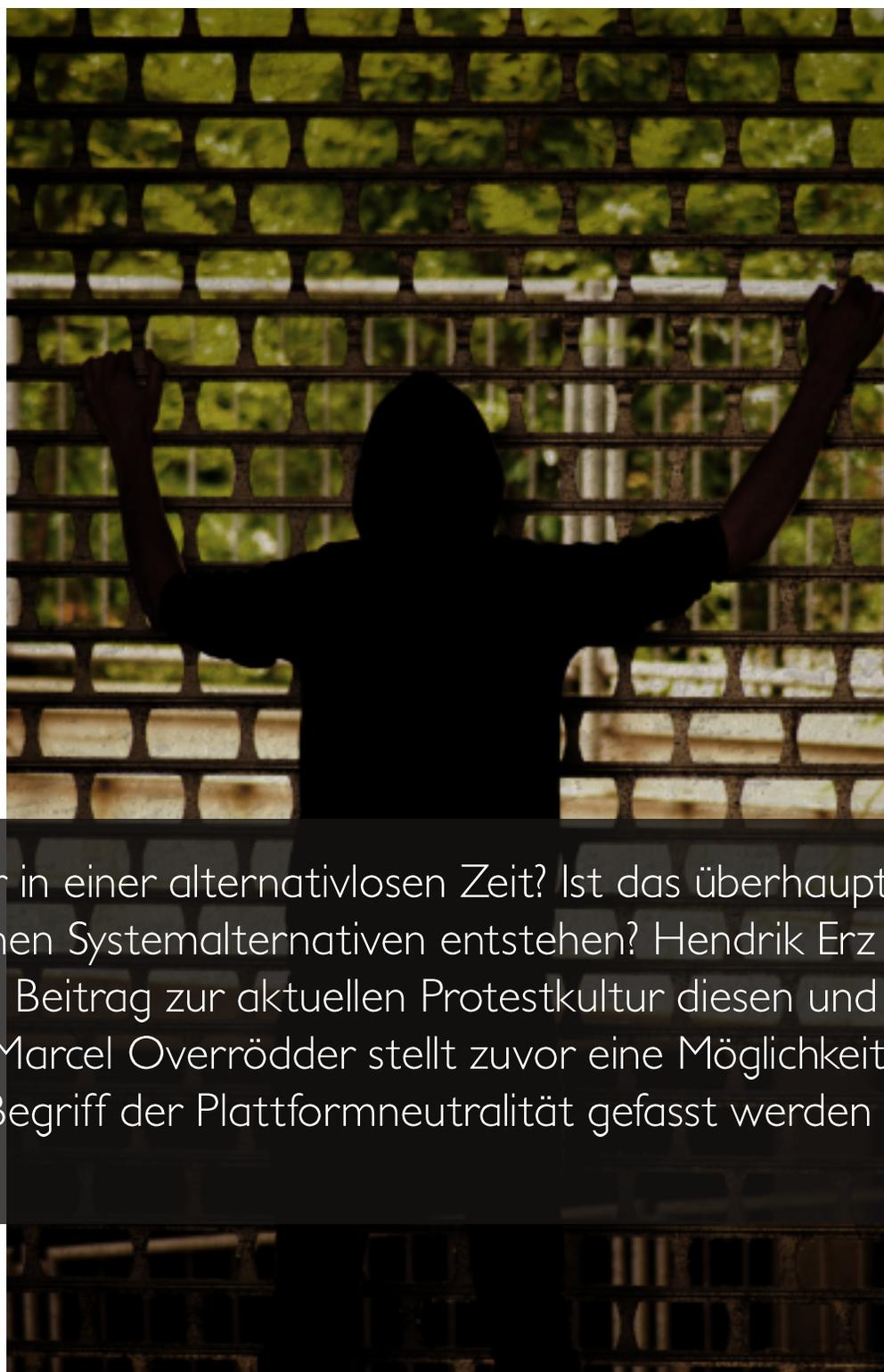
Schafft die Rente mit 63 Gerechtigkeit?

Torsten Gertkemper 43

Die europäische Integration in der »Krise«?



Call for Papers



Leben wir in einer alternativlosen Zeit? Ist das überhaupt möglich? Wie können Systemalternativen entstehen? Hendrik Erz stellt sich in seinem Beitrag zur aktuellen Protestkultur diesen und weiteren Fragen. Marcel Overrödter stellt zuvor eine Möglichkeit vor, wie der Begriff der Plattformneutralität gefasst werden kann.



Ein Wort mit Zukunft? Die Plattformneutralität¹

Der Begriff der »Plattformneutralität« wurde erstmals durch die Piratenpartei geprägt. Doch was kann man unter diesen Begriff überhaupt fassen? Marcel Overröder unternimmt den Versuch einer Definition.

Ein Artikel von Marcel Overröder

Was für die Grünen die Nachhaltigkeit ist, ist den Piraten die Plattformneutralität. Was heißt das eigentlich? Ist Plattformneutralität überhaupt als Begriff nutzbar oder droht ihr gleich das Schicksal als modisches trending buzzword, wie es auch die Nachhaltigkeit einholte? Wenn die grüne Bewegung aus der Nachhaltigkeit Schlüsse für sämtliche Politikbereiche ziehen konnte - bietet die Plattformneutralität ein ähnliches Potenzial für die deutsche Piratenpartei? Lohnt der Versuch, den Begriff politikwissenschaftlich auszudefinieren? Was haben Rawls und Popper, Marx und Bordieu damit zu tun? Diese Fragen versucht dieses Essay zu beantworten.

Plattformneutralität ist ein noch junges Konzept, zumindest in politischen Zusammenhängen. Wie bei der Piratenpartei nicht weiter verwundert, entspringt dieser Begriff eigentlich der IT. Dort bedeutet Plattformneutralität, dass eine Soft- oder Hardware unabhängig von der Plattform, in die sie integriert wird, gleichermaßen ihre Funktion erfüllt. Ein recht anschauliches Beispiel ist die zu einem eigenen Begriff gewordene Netzneutralität. Diese besagt, ganz einfach, dass sämtliche Datenpakete gleich weitergeleitet werden, ob sie nun aus dem Google-Rechenzentrum oder vom Laptop einer Kreuzberger Oma durchs Internet gesendet werden. Das Bedrohungsszenario, gegen das Netzneutralität in Stellung gebracht wird, ist bereits ein sehr konkretes. Zum Beispiel ist der Zugang zum Internet in weiten Teilen Afrikas unerschwinglich, während mit jeder Guthabenkarte ein kostenloser Zugang zu Facebook und Wikipedia kommt, dessen Kosten jeweils von Facebook bzw. der Wikimedia Foundation übernommen werden.² Diese Dienstleistungen sind ein besonders umstrittenes Thema der Neutralitätsdiskussion, da hier das Prinzip der Netzneutralität aufgegeben wurde zugunsten vermeintlich entwicklungsfördernder Vernetzungsfortschritte. Ein anderes, problematischeres Beispiel von Netzneutralitätsverletzung sind die Verträge des Musik-Portals Spotify mit den Providern, gegen eine Gebühr Datenpakete von Spotify zu bevorzugen.

Bei der Netzneutralität ist erkennbar, dass sie die Neutralität der Infrastruktur gegenüber dem einzelnen Nutzer wahren will, dabei aber andere Quellen von Ungleichheit ausklammert. So zum Beispiel die Anschlussgeschwindigkeiten der sogenannten »letzten Meile«, die Anschlussinhaber mit der Tarifwahl bei ihren Providern wählen. Diese Wahl von Tarif und Anschlussgeschwindigkeit wiederum stellt ebenfalls eine Plattform dar, die sämtliche Nutzer der Plattform neutral behandelt, indem sie

für gleiche Leistung gleiche Preise verlangt. Die Plattformneutralität bleibt hier also gewahrt, auch wenn es auf den ersten Blick anders aussehen mag. Ist das Verlegen eines neuen Kabels nötig, so kann womöglich der Preis für einen Anschluss durch eine einmalige Gebühr steigen. Auch dies ist kein Verstoß gegen die Neutralität der Plattform »Netz«, da Anschlüsse zu prinzipiell gleichen Konditionen erworben werden können. Wie es bei ungleicher Verteilung von Internetanschlüssen aber um die Neutralität der Plattform »Netzöffentlichkeit« gegenüber Menschen an verschiedenen Orten der Welt bestellt ist, ist noch mal eine andere Sache.

Grundsätzlich ist mit Plattformneutralität die Vision verbunden, im weitesten Sinne soziale Bedingtheiten von Lebenschancen zu nivellieren. Die Antwort einer vornehmlich technokulturellen Informationselite auf die wiederkehrenden Erfahrungen sozialer Schließung von Gesellschaft und Politik lautet also: Egalitäre Gleichbehandlung auf den wichtigen Plattformen einer Gesellschaft. Dieser Schluss wird regelmäßig bestärkt durch die wiederkehrenden Nachrichten der sozioökonomischen Spaltung, die auf allen Plattformen reproduziert wird. Beispiele dazu sind »vererbte« ALG-II-Biografien, der sozial determinierte Schulerfolg, die Zentrifugalwirkung von Reichtum und Armut, Bildung und ihrer Abwesenheit, aber auch die Aufmerksamkeitsökonomie des Politischen, die so viele Dinge sanktioniert, die letztlich sachferne Nebensächlichkeiten sind wie Geschlecht, Ethnie, formaler Bildungsgrad, Attraktivität, Telegenität.

Die offene Gesellschaft

Mit der Wahrung der Neutralität gesellschaftlicher Plattformen sind (zumindest in Piratenpartei-Zusammenhängen), wenig überraschend, politische Intentionen verbunden. Da ist zum einen die liberale Vorstellung davon, durch Gewährleistung gleicher Rechte und Pflichten einerseits Rechtssicherheit, andererseits Chancengleichheit herzustellen. Wenn Facebook und Wikipedia im Eigeninteresse eigene Verbreitungswege finanzieren und damit quasi aus der Plattform WWW aussteigen, ist dies für kleinere Akteure, mögliche Konkurrenten, ein impliziter Nachteil. Manche sprechen dann auch bereits von sich anbahnenden Monopolen. Der sozialtechnologische Blick verrät sich auch hierin, indem er aus kleinen Strukturunterschieden bereits Automatismen abliest. Dafür wird häufig Karl Popper herangezogen, nur beispielsweise mit seiner »offenen Gesellschaft«. Hinter der Plattformneutralität steckt auch die

Vorstellung vom allgegenwärtigen Matthäus-Effekt, der in der Forschung nach den Ursachen von Ungleichheit immer wieder bestätigt wird.³

Man findet das Konzept der Plattformneutralität auch in ordoliberalen Wirtschaftstheorien umschrieben, die durch eine Ordnungsmacht gewährleistete gleiche Bedingungen als Voraussetzung für die guten Selbstreinigungskräfte von Märkten nennen. Diese Perspektive auf Wirtschaftspolitik ist bei der Piratenpartei besonders auffällig. Dabei scheinen Programmtexte der Partei häufig zu changieren zwischen dem landläufig neoliberal verorteten Lob des freien Marktes und Freihandels und sehr linken linksliberalen Inhalten wie zum Beispiel dem bedingungslosen Grundeinkommen und einem Fokus auf die Durchlässigkeit des öffentlichen Bildungssystems. Dabei hat man sich besonders von der Plattformneutralität inspirieren lassen. Vorwürfe, Programmteile anderer Parteien konzeptlos zusammenkopiert zu haben, sind in diesem Zusammenhang unbegründet.

Von hier an kann man weiter durch das Programm der Partei blättern - mit dem Begriff »Plattformneutralität« wird sparsam umgegangen, doch lassen sich fast alle Inhalte davon ableiten. Die offensichtlichsten darunter sind die verschiedenen »Opens« - Open Source, Open Science, Open Government. Aber auch anonymisierte Bewerbungsunterlagen und der »fahrtscheinlose« ÖPNV sind von der Plattformneutralität abgeleitet.

platform scope & platform ignorance

Es sollte klar geworden sein, dass das Konzept der Plattformneutralität auf so viele Instanzen einer Gesellschaft angewendet werden kann, dass es wenig zielführend erscheint, Plattformneutralität einfach als Selbstzweck zu begreifen. Womöglich ist es nun angebracht, denkbare Parameter für die Plattformneutralität zu ermitteln. Die Strukturierung des Begriffs, die ich nun vorschlage, ist zweigeteilt:

Da wäre zum einen die Bestimmung einer Plattform, die in der Lage zur Herstellung und Wahrung von Neutralität wäre. Das platform scope (»Umfang«, »Geltungsbereich«, »Rahmen«) des Plattformneutralitätsbegriffs ist theoretisch frei wählbar. Soll die Plattform »deutsches Schulsystem« sich möglichst neutral, egalitär gegenüber dem einzelnen Menschen verhalten oder geben wir diese auf, um lediglich die Plattformneutralität innerhalb der vier scopes »Gymnasium«, »Realschule«, »Hauptschule« und »Sonderschule« zu wahren? Und wie ließe sich damit kohärent auf die Gesamtschule blicken? Im Beispiel der Netzneutralität ist ein Konsens zum scope schwer zu fassen und selbst für Netzpolitik-Aktivisten keine klare Sache, beispielsweise in dem oben genannten Beispiel 0.facebook.com aus Afrika.

Der andere Parameter, wenn ein Plattformneutralitätsanspruch formuliert werden soll, könnte in Anspielung auf John Rawls' Idee des veil of ignorance (»Schleier des Nicht-

wissens«) als ignorance (»Nichtwissen«, »Ignoranz«) bezeichnet werden. Sozusagen: Gegenüber wem oder was besteht überhaupt das Gebot der Neutralität? Für welche Eigenschaften soll die gewählte Plattform blind sein? Sollen Vorstellungsgespräche etwa neutrale Plattformen sein? Sollen wir Personalchefs im Unwissen halten über das Geschlecht, die Eltern, das Führungszeugnis, die Sehschwäche, das Facebookprofil, nicht bestandene Prüfungen? Und wie ist das bei Bewerbungsunterlagen? Wie hier klar wird: Meist ist eine Diskriminierung, eine Unterscheidung, nötig, damit eine Plattform ihren Zweck erfüllen kann. Die Erfahrung von Piraten scheint aber ist wohl eher die zu sein, dass zu viele und falsche Unterscheidungen auf wichtigen Plattformen getroffen werden.

Inwiefern kann nun aber eine Partei, die Gerechtigkeit durch Plattformneutralität möchte, diese auf sich selbst anwenden? Ist es plattformneutral, eine ständige Online-Mitgliederversammlung ohne Authentifizierung und Klarnamen zu führen, oder eher plattformneutral, ein ausgefülltes Delegationssystem zu installieren? Nahe an der perfekten Plattformneutralität für Ämter, und das wurde eher selten besprochen, liegt das einfache Losverfahren. Mein Eindruck ist, dass die Piraten wohl nicht aufgrund ihrer plattformneutralen Ambitionen gekentert sind, aber sehr wohl hat auch eine ungeklärte bzw. falsch verstandene ignorance dazu beigetragen. Neutrale Plattformen bedeuten große Freiheit, also auch eine fortwährende Diversifizierung und damit einen steigenden Koordinationsbedarf. Sind die zentralen Strukturen einer Partei zu schwach, um auch nur nötigste Korrekturen für die Kampagnenfähigkeit der Plattform vorzunehmen, ist eine so junge Partei zum Scheitern verdammt. Der Werdegang der Piratenpartei ist aus dieser Perspektive ein weiterer Beleg dafür, dass Plattformneutralität nicht einfach so kommt und bleibt, sondern gezielt aufrecht erhalten werden muss. Denn die Eigengesetzlichkeiten der Kapitalien, ob Marx' oder Bourdieus, zeigen in die andere Richtung.

Hier hat sich nun die Plattformneutralität als vielseitig anwendbarer, oder auch: schwammiger, ungenauer Begriff herausgestellt. Die Parallelen zur Nachhaltigkeit teils sind überraschend groß. Die Plattformneutralität hat sich aber auch für sehr viele als vielversprechende, konsensfähige Idealvorstellung erwiesen. Wenn der Begriff bewusst genutzt werden würde, könnte er noch viel bewirken.

Fußnoten

- 1) Vortrag von Michael Seemann auf der OpenMind-Konferenz 2013: Was ist eigentlich Plattformneutralität? <https://www.youtube.com/watch?v=JvtuMi8P2r4>
- 2) Ben Schwan: Netzneutralität in Schwellenländern: Internet zwischen Google und Facebook.

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Netzneutralitaet-in-Schwellenlaendern-Internet-zwischen-Google-und-Facebook-2094024.html>

- 3) Der Matthäuseffekt: »Wer hat, dem wird gegeben« (<https://de.wikipedia.org/wiki/Matth%C3%A4useffekt>)

Literatur

Klecha, Hensel: Zwischen digitalem Aufbruch und analogem Absturz: Die Piratenpartei. Barbara Budrich, 2013.

Niedermayer: Die Piratenpartei. Springer VS, 2012.

Kahrs: Piratenzauber. Über eine Gesellschaft, die Freibeuter hervorbringt. Papyrossa, 2013.

Bieber, Leggewie: Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena. transcript 2013.



Inhaltsleere Demos?

Mit »There is no alternative!« beschrieb einst Margaret Thatcher die absolute Alternativlosigkeit. Auch die weltweiten Protestbewegungen scheinen unter »TINA« zu leiden. Sind Proteste überhaupt fähig, Systemalternativen zu produzieren?

Ein Artikel von Hendrik Erz

Sinnentleerte Proteste? Eine Bestandsaufnahme

» Vor genau einem Jahr [...] erlebte Brasilien die größten Demonstrationen der vergangenen 20 Jahre. [...] Jetzt, während der WM ist von Massendemonstrationen nichts zu sehen.«¹ So lautete eine Schlagzeile auf tagesschau.de vom 16. Juni – vier Tage nach Beginn der Weltmeisterschaft in Brasilien.² Im Vorfeld hatte es abertausende Berichte gegeben – fast alle drehten sich um die Massendemonstrationen in Brasilien, die Polizeigewalt, die Räumung von Favelas, Gentrifizierung mit dem Schlagstock.³ Kaum ein Bericht ging wirklich positiv mit WM und Fifa um – selbst das Campo Bahia der deutschen Nationalelf wurde unter den Gesichtspunkten Sozial- und Umweltverträglichkeit, Abschottung und Utopismus eingeordnet.⁴ Auf allen Kanälen wurden also Probleme thematisiert, die in Brasilien existieren und nicht nur nach Auffassung der Brasilianer, sondern auch der westlichen Medien gelöst werden mussten.

Nach der WM hingegen blieben die Proteste weitestgehend aus.⁵ Doch nicht nur Brasiliens Demonstranten erwartete dieses Schicksal – zuvor geschah es mit den deutschen Bildungsstreiks und Occupy. Diese drei Großdemonstrationen, die sich gegen ganze Systeme richteten; mal eine Regierung, mal eine Institution und mal den Kapitalismus, verpufften mit der Zeit, ohne etwas in Bewegung zu bringen.⁶ Die Demonstrationen gegen das Bildungssystem in Brasilien jedoch, die mittlerweile wieder aufkochen, scheinen bereits erste Zugeständnisse seitens der Regierung vorweisen zu können. Ob diese natürlich umgesetzt werden und die Proteste als erfolgreich bezeichnet werden können, muss die Zukunft zeigen.

Man wird also das Gefühl nicht los, dass große Proteste, die sich gegen abstrakte Institutionen richten, nutzlos geworden zu sein scheinen. Mittlerweile, so scheint es, haben sich derartige Proteste bereits etabliert; eine gewisse Portion »feelgood«, um sich nach einem gelungenen »Protest« mit einem Bier den Abend zu vertreiben – und am nächsten Tag wieder genau dorthin zu gehen, gegen was der Protest eigentlich gedacht war: eine Bank, eine Universität, die eigene Arbeitsstelle. Diese Sinnentleerung der Proteste und zugleich das Phänomen, dass viele Menschen auch am heimischen Computer, beispielsweise via Twitter, »mitprotestieren«, hat sich Ende 2013 die PARTEI zu nutzen gemacht – und die erste »iDemo« der Welt ausgerufen. Auf großen Bildschirmen wurden Slogans

»skandiert«, die die Nutzer von zuhause getwittert hatten.⁷

Am eindrucksvollsten wurde mir dieses Gefühl, Proteste seien nutzlos, demonstriert, als ein Bekannter von mir erklärte, dass man auf Anti-Nazi-Demos nicht mehr gehen bräuchte, weil die ja eh nichts mehr brächten. Auf meine Erwiderung, dass man nur durch dauerhaften Protest das nationalsozialistische Gedankengut klein halten könnte, folgte Irritation und ein Blick, der sagte: »Was redest du für einen Unsinn?« Genau das ist auch heute noch ein viel zu oft geglaubter Irrtum: Dass Probleme, die einmal kleindemonstriert wurden, nicht mehr hochkochen. Die aktuellen, antisemitischen Parolen, die angesichts des neuerlichen Gazakonflikts hochkochen, sind nur das krasseste Beispiel davon.

Doch wie konnte es dazu kommen, dass wir von so hoch gefeierten,⁸ systemkritischen Protesten wie den Montagsdemonstrationen in der DDR hin zu derartigen »Entertainment-Veranstaltungen« und nutzlos verpuffenden Demos gelangt sind? Wann sind Proteste erfolgreich, und wann nicht? Ganz im Sinne des aktuellen Calls von dispositio & opinio stelle ich hier eine Behauptung in den Raum: Es geht bei Protesten nicht darum, Systemalternativen zu etablieren, sondern für die Protestierenden bessere Situationen zu schaffen und sie glücklicher zu machen.

Ursachen und Ziele von Protesten

Schauen wir uns dazu zunächst einmal die Ziele der Protestierenden an. Die häufigsten Ziele sind bessere Lebensbedingungen für die unteren Schichten. So ist es in Brasilien, deren Proteste sich hauptsächlich gegen die grassierende Korruption und Handlungsunfähigkeit der Regierung richten; dafür, dass mehr Menschen – insbesondere in den verarmten Favelas – bessere Lebensbedingungen erhalten und mehr Geld in die Infrastruktur investiert wird. Für die Menschen in Brasilien zweifellos sehr wichtig und in besonderem Maße auch für die Bewohner der Favelas. Ganz ähnlich gelagerte Probleme brachten auch Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 dazu, sich in Sidi Bouzid in Tunesien selbst zu verbrennen und damit den arabischen Frühling auszulösen. Auch er litt unter staatlicher Willkür und Repressionen – genauso wie auch die Bewohner Ägyptens, die jedoch nach einem jahrelangen Protest mittlerweile unter militärischer Herrschaft stehen, das vormals diktatorische System also nur kurzzeitig, wenn überhaupt, durchbrechen konnten.

In all diesen Beispielen – das ist deutlich geworden – richten sich Proteste lediglich gegen als mittlerweile

»schlecht« empfundene Institutionen. So können sich Proteste gegen marode Bildungssysteme oder gegen einen geldfressenden Bahnhof richten. Doch Proteste brauchen eine Ausgangsbasis: eine bereits bestehende Institution. Schauen wir uns, um diese Aussage zu verdeutlichen, einmal das derzeit wohl größte Problem an, gegen das nicht demonstriert wird: die weltweite Ausspähung. Diese Ausspähung hat ein neues Problem erzeugt, das es bislang nicht gab: Das Problem der ungewollten und auch unerwünschten Überwachung. Niemand kann wirklich verlässlich sagen, wie man gegen das Problem vorgeht – es gibt noch sehr viele Ideen, die erst langsam in die Gesellschaft diffundieren. So gibt es zwar verschiedene Lösungsansätze – Email-Verschlüsselung und das TOR-Netzwerk, jedoch ist keine davon »Standard«. Ich persönlich kenne beispielsweise noch niemanden, der Email-Verschlüsselung nutzt, auch wenn ich dies gerne tun würde. Gegen die NSA wird ebenfalls nicht demonstriert, vermutlich aus Ohnmacht, dass die Abschaffung der NSA das Problem der Überwachungsmöglichkeit nicht lösen würde. Stattdessen also muss man das Problem der Überwachungsmöglichkeit lösen. Wenn nichts mehr überwacht werden kann, ist auch die NSA nicht mehr das Problem, so scheint es zumindest.

Besonders das letzte Beispiel ist faszinierend brauchbar für das Phänomen der Alternativlosigkeit: Proteste und Kritik können offensichtlich nicht mehr »out of the box« denken, die uns alle umgibt. Systemalternativen erscheinen zunehmend »sinnlos« oder unpraktikabel. Darunter zählt natürlich nicht nur der vielfach herangezogene und mittlerweile sinnbildlich für gescheiterte Systeme stehende Kommunismus im »Osten« der Welt, sondern auch lokal beschränkte Alternativen wie Anarchismus und... ja, und was eigentlich? Genau das ist das Problem, von dem ich mich nicht ausnehmen kann: Systemalternativlosigkeit. So ist auch der seit Ende 2013 hoch gelobte »Akzelerationismus« ein gutes Beispiel. Diese neue, von Alex Williams and Nick Srnicek erstmals in einem Manifest⁹ entwickelte Theorie versucht gar nicht erst, eine Systemalternative vorzustellen, sondern geht das Problem von der anderen Seite aus an: Den Kapitalismus so zu »beschleunigen«, dass er möglichst bald an sein vorhergesagtes Ende gelangt und durch ein – wie auch immer geartetes – neues System ersetzt werden kann.

Doch woher kommt diese Alternativlosigkeit? Wieso können wir nicht mehr abseits des Systems denken? Eine mögliche Antwort darauf gab vor Kurzem erst Evgeny Morozov, der in einem Beitrag, den auch die FAZ in einer Übersetzung veröffentlichte, von einer »Überwachungsdividende« spricht: »Nach der Logik der Friedensdividende [...] können wir von einer Überwachungsdividende sprechen: der Vorstellung, wonach das Internet der Dinge, Big Data und die unausweichliche Erschütterung des gesamten Universums durch eine Handvoll kalifornischer Startup-Unternehmen zu wirtschaftlichem Überfluss, politischer Emanzipation und weltweitem Wohlstand füh-

ren.«¹⁰ Für ihn bedeutet die Überwachungsdividende konkret, dass wir uns einer posttheoretischen Gesellschaft annähern, in deren Begriffen das »System« gar nicht mehr hinterfragt wird, sondern die gesamte Gesellschaft lediglich ein »Radio« sei, das perfekt funktioniere, sobald man alle Stellschrauben korrekt dreht.

Nun, was bedeutet das konkret für Proteste? Schauen wir uns die oben bereits angeführten Beispiele an, so sehen wir recht schnell, dass hier immer wieder nur versucht wird, an Stellschrauben zu drehen. Kaum jemand versucht aktiv, ein System zu durchbrechen, sondern lediglich die eigene Situation in einem gegebenen System soweit zu verbessern, dass man ohne tagtägliches Leid überleben kann. In gewissem Maße nähern wir uns also einer Welt an, die einfach läuft und sich hier und da einmal anpasst – die Welt der Aufklärung, so scheint es, ist vorbei. Aldous Huxleys Dystopie einer »Brave New World« scheint gekommen. Doch auch Morozovs Analyse ist zum einen eine Theorie – die des posttheoretischen Zeitalters – und zum anderen auch nicht systemextern. Er analysiert nur und gibt keinerlei konkrete Alternativvorschläge. Aber was tun?

Eine andere Theorie der Systemerhaltung

Schauen wir uns zunächst die Proteste an und versuchen, zu erklären, wieso Proteste oftmals nicht außerhalb des Horizonts der aktuellen Gesellschaft denken können. Zunächst soll ein scheinbares Paradoxon aufgeklärt werden. Vielen Protesten ist eigen, sich gegen ein etabliertes System (Brasilien: Regierung, Maghreb: Regierung, Stuttgart 21: Landesregierung, Montagsdemos: NATO/Imperialismus/Finanzkapitalismus, Anti-Israel-Demos: Staat) zu richten. Doch wieso wirken dann Proteste nicht systemdestabilisierend? Eine Antwort bieten die deutsch-amerikanischen Soziologen Thomas Berger und Peter Luckmann. In ihrer großen Neudefinition der »Wissenssoziologie« haben sie bereits 1969¹¹ Formen von »Institutionalität« und »Legitimierung« ebendieser aufgezeigt. Und insbesondere im Kapitel über die Legitimierung¹² lässt sich etwas faszinierendes feststellen: So befindet sich kein einziger Gedanke, den wir haben, außerhalb unserer »Alltagswelt«, dem Fixpunkt unseres ganzen Seins. Auch die (Alp-)Träume ordnen Berger/Luckmann dieser Alltagswelt unter. Daraus folgt, dass alles, was auf den ersten Blick nicht in unser Konglomerat institutionalisierter Werte passt, als »undenkbar« verworfen oder mit Verweisen auf jene Alltagswelt als erklärbar untergeordnet wird. Man muss nun natürlich dazu sagen, dass insbesondere Rational-Choice-Theorien dazu neigen, ein dystopisches Bild eines gesellschaftlichen »Leviathans« zu erzeugen, den der Einzelne nicht verändern kann. Jedoch ist auch das eine selbsterfüllende Prophezeiung – mit der Erkenntnis, dass es eine solche »Überebene« von Werten existiert und, wie sie sich konstituiert und auch ändert, wird auch eine bewusste Verän-

derung möglich.

Im Folgenden soll belegt werden, dass viele Ausformungen eines wie auch immer gearteten »Systems« nicht die oberste Ebene der Institutionalisierung, das heißt die »Alltagswelt« darstellt, sondern lediglich Ausprägungen davon sind. Anschließend soll auf Grundlage dessen dargelegt werden, dass eine bessere Methode des Protests zwar diejenige des Handelns (→ Posttheorie) ist, jedoch auch Theorien (und damit Diskussionen) notwendig sind, um ein »System« wie den Kapitalismus, eine Regierungsform, oder ähnliches zum Besseren zu verändern.

Institutionen und Institutionalisierung

Beginnen wir mit der Theorie der Institutionalisierung. Institutionalisierung liegt im Sinne des Institutionalismus dann vor, wenn Handlungen vereinheitlicht werden, das heißt in einen allgemeinverständlichen »Code« übersetzt werden, damit jeder Mensch einer gegebenen Gesellschaft weiß, was er tun muss, wenn eine bestimmte Situation auftritt. Institutionalisierung beginnt erst, wenn ein Problem auftaucht, das gelöst werden muss. Als Beispiel sei die Umweltverschmutzung mit Müll angeführt. Zunächst taucht das Problem auf, dass zu viel Müll insbesondere in den westlichen Gesellschaften auftaucht. Sobald dieses Problem durch allgemeines »Wissen« in eine Gesellschaft Eingang findet, man also generell darum weiß, beginnen verstärkt viele Personen, das Problem zu lösen. Zum Beispiel durch Müllvermeidung, dass man beim Einkaufen weniger Tüten nutzt oder gleich einen Einkaufskorb selbst mitbringt. Nun löst das jedoch nicht das Problem, dass dennoch Tüten angeboten werden. Um das Problem also noch effizienter zu lösen, entstehen plötzlich Supermärkte, die Waren völlig unverpackt anbieten, sodass alles selbst abgefüllt und abgewogen werden muss. Damit vermeidet man viel Müll, die Handlungsweise, generell auf Tüten zu verzichten und wiederverwendbare Taschen oder ähnliches zu verwenden, ist also spätestens mit Entstehen solcher Supermärkte institutionalisiert.

Doch nun stricken wir das Beispiel in die Zukunft weiter: Angenommen, das Problem wird tatsächlich großteils gelöst und der Müll geht stark zurück. Spätestens unsere Enkelkinder werden nicht mehr wissen, wieso sich das System der verpackungslosen Supermärkte etabliert hat. Hier greift nun die Legitimierung. Mithilfe von Sätzen wie »Das macht man eben so« verdeutlichen Berger/Luckmann, in welcher normativen Form einmal etablierte Institutionen aufrecht erhalten werden. Unsere Kinder werden also im Idealfall (im Falle einer hohen Institutionalisierung zu deren Zeit) das System der tütenlosen Supermärkte nicht hinterfragen. Es kann natürlich aber auch passieren, dass sie sich genau das fragen (im Falle einer sehr geringen Institutionalisierung). In solchen Fällen muss eine andere Form der Legitimierung greifen.

Denn wenn die Legitimation nicht mehr auf diese einfache Ebene hinabreicht und die Institution unterzugehen

droht, benötigt man stärkere Formen von Zwang. Dieser von DiMaggio/Powell »coercive isomorphism« genannte Zwang, von Meyer/Rowan als »juristisch festgehaltene Regeln« bezeichnet, bezeichnet nichts anderes als Gesetze.¹³ Sobald man also den Nutzen einer Institution in Frage stellt, müssen Gesetze zu deren Schutz erlassen werden.

»Das System« als juristische Institution

Kommen wir nun zurück zu unseren Protesten. Mit dem bisherigen Wissen können wir also sagen, dass es sich offensichtlich bei den bislang betrachteten Protesten um institutionalisierte Formen von Kritik an einem eben nicht mehr als selbstverständlich wahrgenommenen System, sei es der Kapitalismus oder eine bestimmte Regierung(sform) handelt. Die Protestierenden wollen also offensichtlich in einer allgemein akzeptierten und in erster Linie wahrgenommenen Form auf etwas aufmerksam machen, das nicht mehr als effizient gilt.

Diese Feststellung ermöglicht nun wieder die Herstellung von etwas »Hoffnung«. Und zwar die Hoffnung darauf, dass die Probleme durch stetes Protestieren immer weiter infrage gestellt werden. Offensichtlich nähern wir uns also einer zweiten Phase der »Re-Institutionalisierung«: Auf das immer häufigere Hinterfragen einer Institution folgt eine stärkere Jurifizierung. Unter dieser Prämisse können wir auch Verträge wie das TTIP als den Versuch der juristischen Verteidigung einer gefährdeten Institution wieder des Kapitalismus sehen. Diese Tendenz beobachten wir recht häufig: Auch in immer geringer institutionalisierten Systemen wie – um es als Beispiel zu nehmen – der iranischen Schah-Herrschaft folgt zunächst die Etablierung von immer größeren Repressalien, die überwunden werden müssen. Und genau dieses Phänomen erleben wir auch in Brasilien: Auf eine stärkere Hinterfragung der Regierung antwortet diese entweder mit Gesetzgebung oder – was weitaus stärker in den Nachrichten ist – mit Gewalt, das heißt »coercive isomorphism« (deutsch: »erzwungene Anpassung« (DiMaggio/Powell 1991). Und erst, wenn diese Phase erfolgreich von den Protestierenden überstanden ist, folgt die »Erstürmung der Bastille«, das heißt die Re-Institutionalisierung, das heißt die Ersetzung einer nicht mehr gebrauchten Institution durch eine neue.¹⁴

In Brasilien hat sich offensichtlich die Institution »Regierung« durch Gewalt und Gesetzgebung erneut stärker institutionalisiert (wenngleich sie nicht mehr »taken for granted« [Meyer/Rowan 1979] ist). Dasselbe Problem erlebten auch die Demonstranten in Ägypten und die Gezi-Park-Demonstranten. Auch die S21-Demonstranten wurden von der Polizeigewalt Baden-Württembergs im wahrsten Sinne des Wortes »hinweg gepustet«. Interessanterweise scheinen sich also die Nationalstaaten, die sich vor hundert Jahren allmählich gebildet haben, die effektivste Form der Institutionalisierung selbst gesichert zu haben: ein Machtmonopol. Effektive Proteste also, die den Bestand einer Institution infrage stellen, werden hinweg gefegt. In

Syrien wiederum gestaltet sich das seit Jahren schwierig. Die Montagsdemos wiederum sind offensichtlich derart ineffizient weil unglaublich für die breite Masse, dass sie nicht einmal das Interesse des Staates wecken und somit die Institutionen, die sie kritisieren (NATO, FED, Bundesregierung, Krieg), nicht einmal jucken.

Was für Schlüsse ziehen wir also aus dieser Abhandlung? Zum einen den Schluss, dass sowohl der »Kapitalismus« als auch eine als diktatorisch oder anderweitig »falsch« angenommene Regierung nicht das oberste Ende der institutionalistischen »Nahrungskette« sind. Das oberste Ende sind immer noch Gesellschaften, aus denen sich eine Institution wie der Kapitalismus (wie im Beispiel des tütenlosen Supermarkts) heraus entwickelt und denen diese Institutionen untergeordnet sind. Somit ist die einzige abstrakte Entität, die wir wohl mit keiner Macht der Welt zerstören können (und es vermutlich auch nicht versuchen sollten), die Gesellschaften. Alles andere, was einen Namen trägt oder, weil es noch zu neu ist, erst noch bekommen muss, befindet sich dagegen auf einer tieferen Ebene und gehört nicht zu dem »Muss«, sondern zu dem »Kann«.

Wir sehen, dass Institutionen, also auch die NATO, das brasilianische Regierungssystem und Plastiktüten im Supermarkt lediglich Antworten auf spezifische Probleme einer Gesellschaft sind, die weder Anspruch auf Perfektion noch auf »Richtigkeit« erheben, sondern in erster Linie rein zweckmäßig sind. Problematisch an derartigen Institutionen ist also nicht ihre Existenz, sondern die Dauer ihrer Existenz. Auch der Kapitalismus war – trotz Marx' überraschend früher Kritik – zunächst eine Problemlösung. Dass er funktioniert, steht auch heute nicht in Frage. Die Frage ist niemals das Ob, sondern immer nur das Wie.

Wieso gibt es keine Systemalternativen?

Kommen wir also zu unserem Call for Papers zurück und stellen uns der Frage: »Wo bleiben die Alternativen zu den aktuellen Krisen?«

Wenn die Proteste sich lediglich gegen schwach institutionalisierte Systeme, also fast schon keine »Systeme«, richten, denen man das Potenzial zur effizienten Problemlösung abspricht, heißt dies noch lange nicht, dass man eine bessere Lösung dafür wüsste. Zumindest nach der Wissenssoziologie/dem Neo-Institutionalismus scheint es bereits Problemlösungen zu geben: Nur sind diese eben noch nicht im Status einer allgemeingültigen Institution, sondern erst in ihrer Etablierung. Vergegenwärtigen wir uns die Langsamkeit, mit welcher die Gesellschaft sich verändert, und denken wir zugleich daran, dass man jede neue Institution zunächst benennen und kategorisieren muss, um darüber sprechen zu können (ich denke hier bspw. an viele neue Effekte des Internets wie Crowdfunding-Seiten,

das »Web 2.0«, etc.), so können wir zwei Aussagen treffen:

1.) Es gibt bereits Systemalternativen. Diese werden überall bereits angewandt und das erfolgreich. Dass dies nicht einer breiteren Schicht von Menschen auffällt, liegt nicht daran, dass es sie nicht gibt, sondern dass man sich dessen zunächst bewusst werden muss. Hätte je irgendjemand vor der vollständigen Etablierung des Kapitalismus von jenem als »Kapitalismus« gesprochen? Vermutlich nicht. Auch neuartige Institutionen gelangen erst ins allgemeine »Wissen«, wenn sie einen Namen erhalten. Und noch eine kurze Anmerkung zum Thema Kapitalismus: Weswegen wir offensichtlich nichts gegen den Kapitalismus unternehmen können, kann daran liegen, dass er nicht eine, sondern im Gegenteil eine große Anzahl diverser Institutionen ist, die wir unter diesem Begriff zusammenfassen. Folgend aus den vorhergehenden Ausführungen scheint es also so zu sein, dass sich bereits seit etlichen Jahren (vielleicht sogar Jahrzehnten?) bereits ein alternatives Konglomerat von Institutionen entwickelt, welches wir nicht mehr unter den Begriff »Kapitalismus« fassen können. Es lohnt sich, die Frage zu stellen: Können wir überhaupt noch von Kapitalismus sprechen?

2.) Proteste sind dann am Erfolgreichsten, wenn sie konkrete Probleme benennen und diese verändern. Offensichtlich also ist Veränderung am Effektivsten zum Handeln. Um auf das vorhin aufgekommene Problem zurück zu kommen, ob und wieso wir trotz Handeln auch Theorien benötigen und uns nicht einfach dem »Posttheoretismus« hingeben dürfen: Wollen wir generelle Krisen, die ein ganzes Konglomerat von Institutionen betreffen, ändern, benötigen wir auf jeden Fall einen »Leitfaden«, das heißt eine Theorie, die insbesondere sekundäre, tertiäre und vielleicht weitere Ebenen von Effekten, die die Etablierung einzelnen Handelns indirekt zur Folge haben können, evaluiert und somit einzelne Institutionalisierung in diesem Rahmen »lenkt«.

Nachwort: Die Stille zum Thema »Alternativlosigkeit«

Noch ein Wort zum Ende soll angebracht werden, das zum Thema haben soll, weswegen lediglich zwei Autoren zum aktuellen Call schreiben und nicht mehr, obgleich es doch offensichtlich so große Diskrepanzen zwischen unseren etablierten Institutionen und den Krisen, die sie hervorrufen, gibt. Das Interesse am Call ist also gering, obgleich das Interesse an Alternativen groß ist. Denn letztlich ist die Frage nach der Alternativlosigkeit mit dem Aufzeigen von Alternativen verbunden, die letztlich nicht gegeben werden können, da sie sich erst »ergeben« und praktisch beweisen müssen. Alternativen können also erst dann benannt werden, sobald sie da sind.

Auch was ich in diesem Artikel tat, war vielmehr eine Analyse der Genese von Alternativen und der Beantwortung der Frage, weswegen es offensichtlich so wenige Al-

ternativen gebe. Diese Frage wurde dahingehend beantwortet, dass Systemalternativen existieren, nur dass sie noch nicht benannt wurden. Ein anschauliches Beispiel sind die kommunistisch regierten Städte in Spanien, die bereits funktionieren – Alternativen benötigen also zunächst abgegrenzte, lokale, Positionen, bevor sie sich allgemein etablieren können. Und ich denke, dass dies der Grund ist, weswegen auch Proteste, die sich gegen große, fragwürdige Institutionen richten, so geringen Erfolg haben. Systemalternativen lassen sich also offenbar nicht »herbeiprotestieren«, sondern müssen existieren, bevor man sie zu allgemein handlungsleitenden Institutionen »macht«. Vor diesem Hintergrund ist also auch die Stille zum aktuellen Call for Papers erklärbar.

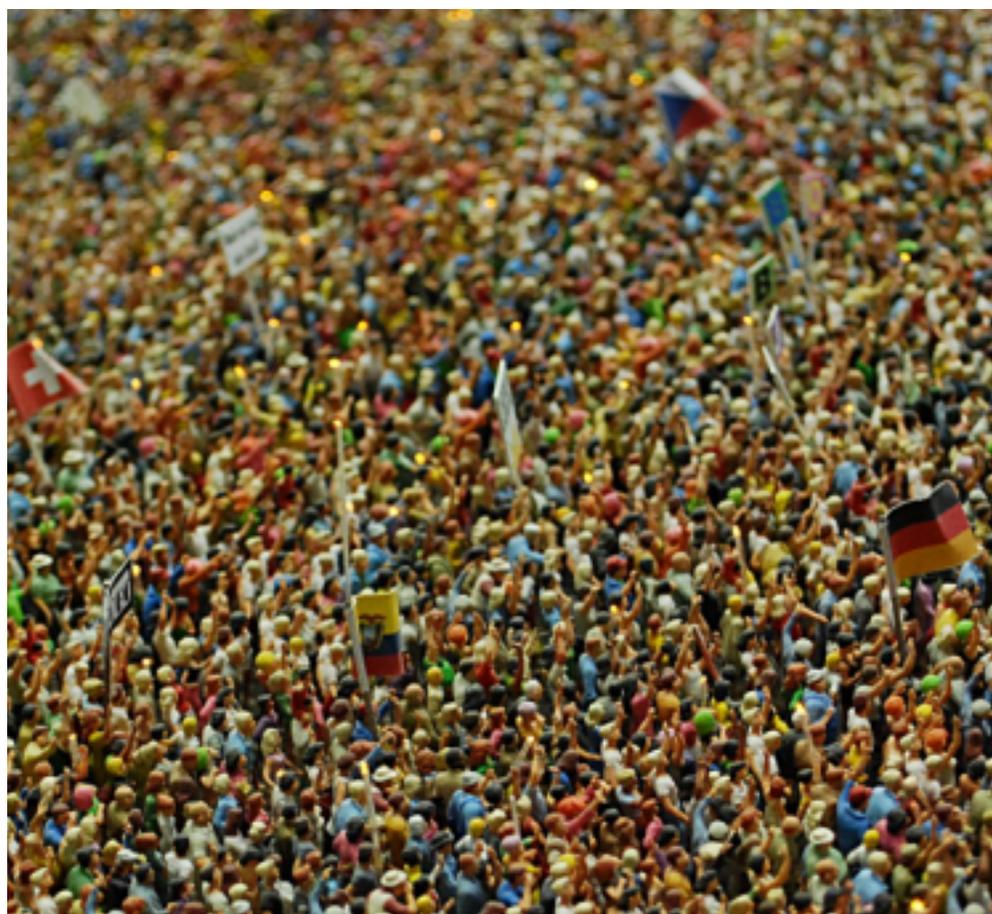
Literatur & Links

Paul DiMaggio, Walter Powell, »The Iron Cage Revisited. Institutional Isomorphism and Collective Rationality«, in: dies. (Hrsg.), »The new Institutionalism in Organizational Analysis«, Chicago 1991.

Thomas Berger, Peter Luckmann, »Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie«, Frankfurt am Main 2013 (urspr. 1967).

Fußnoten

- 1) <http://www.tagesschau.de/ausland/brasilien-proteste-100.html>
- 2) Auch auf weiteren Medien finden sich ganz ähnliche Aussagen, vgl. bspw. <http://www.zeit.de/sport/2014-06/wm-brasilien-proteste-rio>.
- 3) Laut Stefanie Dodt (Zeit) war die WM nur ein Anlass für die längerfristig verfolgte Politik der Gentrifizierung, vgl. <http://www.zeit.de/sport/2014-05/brasilien-rio-wm-olympia-zwangsräumung>. Vgl. ebenfalls <http://www.faz.net/aktuell/sport/rio-de-janeiro-gewalt-bei-räumung-einer-favela-12893721.html>.
- 4) <http://www.sueddeutsche.de/sport/deutsches-wm-quartier-in-brasilien-paradies-oder-hoelle-1.1990152>, sowie <http://www.taz.de/!140230/>.
- 5) Jedoch stieg offenbar wieder die Zahl der Bildungsdemonstrationen, vgl. <http://www.tagesspiegel.de/wissen/brasilien-nach-der-wm-2014-die-bildungsproteste-kommen-wieder/10241516.html>.
- 6) Dies ist natürlich nicht ganz richtig. Sie brachten insofern etwas in Bewegung, als dass die Probleme ins Bewusstsein der Gesellschaft gebracht haben.
- 7) <http://www.die-partei.de/idemo/> sowie ein Bericht von Spiegel.TV: <http://www.spiegel.de/video/idemo-von-die-partei-in-berlin-mit-martin-sonneborn-video-1296093.html>.
- 8) Vgl. <http://www.bpb.de/lernen/unterrichten/unterricht-am-whiteboard/135524/montagsdemonstrationen>.
- 9) <http://criticallegalthinking.com/2013/05/14/accelerate-manifesto-for-an-accelerationist-politics/>.
- 10) http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-digital-debatte/digitale-ueberwachung-wir-ahnungslosen-versuchskaninchen-13069122.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2
- 11) Thomas Berger/Peter Luckmann, »Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie«, Frankfurt am Main 1969 (urspr. 1967).
- 12) Vgl. Berger/Luckmann 1969, S.
- 13) DiMaggio/Powells »coercive isomorphism« bezeichnet jedoch auch andere Formen von Zwang; nicht nur legislative, sondern auch exekutive Momente werden darunter geordnet.
- 14) Nach Ansicht des Neo-Institutionalismus kann es keine vollständige De-Institutionalisierung geben, da dies bedeuten würde, dass man sich erneut einer totalen Entropie (Chaos) der Menschheit annähert, was unter gegebenen Umständen als extrem unwahrscheinlich gilt, vgl. Jepperson 1991.



In diesem Abschnitt antwortet Lukas Mengelkamp auf den Artikel über die» neuen Montagsdemos« aus Ausgabe 01/2014. Julian von Mach betrachtet den deutschen Antisemitismus und Robert Klöckner befasst sich mit Tierversuchen. Abschließend führen zwei unserer Autoren einen Diskurs über die Wahlpflicht.





Ist das Frieden oder kann das weg? Die »neuen Montagsdemos«

In Ausgabe 01/2014 thematisierte Jonas Wagemann die sogenannten »neuen Montagsdemos« und verteidigte sie gegenüber zahlreicher Kritik seitens der Medien, sie seien »neurechts«. Dieser Artikel antwortet darauf mit der Frage, wo man die Hauptakteure dieser Demos verorten müsse.

Ein Artikel von Lukas Mengelkamp

Die so genannten »neuen Montagsdemonstrationen«, deren Veranstalter auch den Namen »Friedensbewegung 2014« oder »Mahnwachen für den Frieden« für sich reklamieren, haben vor einigen Wochen erhebliche Aufmerksamkeit erregt. Die Bewegung entstand im März 2014, als der Konflikt in der Ukraine eskalierte und seine Internationalisierung begann.¹ Auch in der ersten Ausgabe von dispositio & opinio wurde das neue Protestphänomen behandelt. Jonas Wagemann plädiert in seinem Artikel »Von neuen »Montagsdemos«, Ken Jebsen und unkritischer Presse«² für eine positive Bewertung der »Montagsdemonstrationen« und insbesondere des früheren RBB-Radio-Moderators Ken Jebsen, einer der Gallionsfiguren der Bewegung. Gleichzeitig wirft er, schon im Titel, der hiesigen Medienlandschaft eine »unkritische« Berichterstattung über die Demonstrationen vor. Als Mittel dient ihm dazu in fast allen Fällen eine Kontextualisierung der Protagonisten der »Friedensbewegung«, die erheblich von derjenigen der Presse abweicht. Im Folgenden soll diese neu-Kontextualisierung kritisch hinterfragt werden.

Seriöse Kapitalismuskritik?

Zunächst stellt Wagemann die Themenschwerpunkte der »Mahnwachen« vor: im Wesentlichen seien dies »Waffenexporte, Umweltzerstörung, Massenüberwachung durch die Geheimdienste und die Beteiligung der bundesrepublikanischen Politik an diesen Verbrechen sowie insbesondere die Faktoren Lobbyismus und internationales Finanzsystem«. Insgesamt habe man es mit einer »vernünftigen Kritik an Kapitalismus und durch Lobbyismus bestimmter Politik« zu tun.³

Nur Elsässer beunruhigend?

Die Protagonisten der »Mahnwachen« Ken Jebsen und Andreas Popp nimmt Wagemann vor Kritik in Schutz, einzig die Präsenz des Publizisten Jürgen Elsässer sei »beunruhigend«, da sein Magazin compact homophoben und ausländerfeindliche Positionen ein Forum biete.⁴ Compact ist ein Versuch Elsässers eine so genannte »Querfront« zu schaffen, also eine politische Bewegung die sich weder als Links noch Rechts definiert.⁵ Letztendlich handelt es sich dabei um eine rechtsextreme Strategie, durch die Übernahme von einzelnen Konzepten linker Bewegungen (wie Globalisierungskritik) und der Verknüpfung von gemeinsamen Ressentiments (wie Antiamerikanismus) mehrheitsfähig zu werden.⁶ Die Abgrenzung von Elsässer auf der einen und Ken Jebsen und Andras Popp auf der anderen

Seite kann Wagemann aber nur gelingen, indem er ein entscheidendes Detail verschweigt: Die enge Zusammenarbeit genau dieser Personen. So schreibt Jebsen unter anderem für compact und so war Popp Redner einer der von compact organisierten »Souveränitätskonferenzen«, auf denen sich jährlich völkisch-homophobe Verschwörungstheoretiker versammeln.⁷

Elsässer, Jebsen und Popp arbeiten schon länger zusammen und sind die wohl bekanntesten Redner auf den »Mahnwachen für den Frieden«. Der Sozialwissenschaftler Alexander Häusler erkennt dahinter nicht zuletzt auch ein ökonomisches Interesse: als Publizisten, die ziemlich randständige Interpretationen des Weltgeschehens vertreten, sind sie auf solche Aufmerksamkeit generierenden Phänomene wie die »Montagsdemonstrationen« angewiesen.⁸

Mährholz und die Schuld »der Juden« an allen Kriegen

Es lohnt sich nun ein Blick auf den Vierten im Bunde und Organisator der ersten, als Vorbild dienenden »Mahnwache« in Berlin, Lars Mährholz, zu werfen. Von Wagemann wird dieser in seinem Artikel schnell in der unter-intellektuellen Rumpelkammer entsorgt: »Für Lars Mährholz und dessen Aussage, die teilprivate US Notenbank sei für alle Kriege der vergangenen 100 Jahre verantwortlich gewesen, dürfte wohl eher gelten, dass er rhetorisch und intellektuell nicht besonders versiert ist und tatsächlich berechtigte Kritik an der Federal Reserve Bank und anderen Global-Playern überspitzt darstellte.« Im ersten Aufruf zur »Montagsdemonstration« in Berlin hieß es wörtlich: »AUFRUF ZUM FRIEDLICHEN WIDERSTAND! FÜR FRIEDEN! IN EUROPA! AUF DER WELT! FÜR EINE EHR- LICHE PRESSE! & GEGEN DIE TÖDLICHE POLITIK DER FEDERAL RESERVE (einer privaten Bank)!« (Formatierung vom Original übernommen)⁹. Zunächst sei der Vollständigkeit halber erwähnt, dass die Bezeichnung der FED als »privat« so nicht haltbar ist.¹⁰ Lars Mährholz konnten mittlerweile Verbindungen ins rechtsnationale Spektrum nachgewiesen werden¹¹, ein unbeschriebenes Blatt, gar ein bisher unpolitischer und etwas wirrer Aktivist, dem es nur um den »Frieden« geht, ist er ganz bestimmt nicht. Seine zentrale These, über die Machenschaften der FED soll nun einmal noch genauer betrachtet werden. Bei der Behauptung, an allen Kriegen der vergangenen 100 Jahre sei die FED schuld handelt es sich um eine typische Verschwörungstheorie aus dem neurechten und antisemitischen Milieu. Zum Kern

von fast allen Verschwörungstheorien gehört, dass eine kleine und elitäre Gruppe im Geheimen tagt und mit ihrer unglaublichen Macht den Weltenlauf bestimmt. Das bekannteste Beispiel hierfür sind die »Weisen von Zion«. Nicht von ungefähr haben viele Verschwörungstheorien einen antisemitischen Charakter, so auch die Theorie zur FED. Mährholz und andere verweisen nicht nur darauf, dass die FED und andere Zentralbanken einem kleinen Kreis von Kapitalisten gehören, nein, es sind natürlich auch noch jüdische Kapitalisten – am häufigsten fällt dabei der Name der Rothschilds.¹² »Die Rothschilds« sind die wahrscheinlich am häufigsten vorkommende antisemitische Chiffre für das »internationale Finanzjudentum«, welches angeblich Kriege anzettelt, um an diesen zu verdienen.¹³ Diese Argumentation läuft folglich darauf hinaus, dass Abermillionen von Menschen in sinnlosen Kriegen gestorben seien, nur um das Säckel von ein paar Juden zu füllen. Damit wird nicht zuletzt auch noch Schuldumkehr der ekelhaftesten Art betrieben: wie sicherlich bekannt ist, hat auch der 2. Weltkrieg und damit die Shoah in den letzten 100 Jahren stattgefunden. Selbst an der Ermordung der europäischen Juden wären nach dieser kruden Theorie also diese selbst schuld!

Vier Antisemiten

Man kann obendrein Jebesen, Elsässer und Popp nicht von den Argumentationen Mährholz' trennen. Es handelt sich hier um den Demoaufwurf, der seither immer eine entscheidende Rolle einnahm. Alle drei haben sich entschieden auf Demonstrationen unter diesem mehr als offensichtlich antisemitischen Aufruf zu reden. Eine großartige inhaltliche Differenz mit diesem kann also kaum angenommen werden. Elsässer sagte dann auch auf einer der Demonstrationen, dass »die internationale Finanzoligarchie [...] die Herren Rockefeller, Rothschild, Soros, Chodorkowski [...] »diese winzig kleine Schicht von Geldaristokraten die Federal Reserve benutzt, um die ganze Welt ins Chaos zu stürzen.«¹⁴ Ken Jebesen wusste bereits 2012 zu berichten, dass es sich um »radikale Zionisten mit US-Pass, deren Hobby Israel ist und deren Lieblingssport im Schlachten von Arabern besteht« handle, die die Welt regelmäßig ins Chaos stürzen.¹⁵

Das Bild vom »jüdischen Großkapitalisten«, der an den heutigen Zuständen verdient und diese deshalb aufrechterhalten will, steckt auch in den Theorien von Andreas Popp. Von Wagemann wird dieser einfach nur als kapitalismuskritischer »Ökonom« vorgestellt¹⁶, tatsächlich steht Popp aber dem neurechten Think-Tank »Wissensmanufaktur« vor.¹⁷ Er ist unter anderem deshalb als Verschwörungstheoretiker bekannt, weil er inhaltlich den so genannten »Reichsbürgern« nahe steht, einer rechtsextremen Strömung, die abstreitet, dass es sowas wie einen souveränen Staat »Bundesrepublik Deutschland« überhaupt geben würde. Die Bundesrepublik sei vielmehr eine Fassade, die dazu diene die »Weltherrschaft« der USA, hin-

ter der dann in der Regel das »internationale Finanzjudentum« steckt, zu stützen. Auch hier blendet Wagemann diesen Hintergrund völlig aus. Er versucht Pops Behauptungen zur angeblich immer noch bestehenden Besetzung Deutschlands durch die USA zu entkräften, indem er darauf verweist, Gregory Gysi habe die Souveränität Deutschlands aufgrund des NSA-Skandals ebenfalls infrage gestellt. Hier sei allerdings darauf hingewiesen, dass hinter Pops Behauptung eine antisemitische Verschwörungstheorie stehe, hinter Gysis Aussage aber die Einschätzung, dass die Handlungen der NSA zur Untergrabung der Souveränität der tatsächlich existierenden Bundesrepublik führen.¹⁸ Pops zweites Thema ist darüber hinaus die »Zinskritik«, angelehnt an die Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell. Die neurechten Zinskritiker folgen dabei der vulgären antisemitischen Kapitalismuskritik, der zufolge der Fehler im kapitalistischen System beim Finanzkapital zu suchen sei. Das »raffende« Finanzkapital, meist in der Hand von jüdischen Bankern, stehe der »schaffenden« Realwirtschaft gegenüber und sauge diese wie ein Parasit aus.¹⁹ Es verbirgt sich hinter der »Zinskritik« also letztendlich das antisemitische Klischee vom »jüdischen Parasiten« der einen »Wirt« braucht. Man kann im Zusammenhang der Montagsdemonstrationen auch gleich von der Vorstellung sprechen, dass »die FED«/»der jüdische Parasit« Deutschland/»das Volk« aussage, denn biologistisch-völkische Vergleiche, Erklärungen und Metaphern sind weit verbreitet.²⁰ Als Beispiel diene eine skurrile Metapher von Jebesen, was aber nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass hier die Idee eines gesunden Volkskörpers, der ohne Demokratie besser »gedeihen« kann, formuliert wird: »Mein Vorbild ist die Natur. Im Wald gibt es keinen Krieg. Und die Zugvögel, die schafften es jedes Jahr nach Afrika. Wenn die das demokratisch organisieren würden, kämen sie nur bis Sylt. Nein, die kommen bestens ohne Demokratie zurecht.«²¹

Schaut man sich die vier Protagonisten der »Friedensbewegung 2014« also einmal genauer an, dann kommen antisemitische Verschwörungstheoretiker zum Vorschein. Mit »seriöser Kapitalismuskritik« hat das rein gar nichts zu tun. Wagemann kann diesen Eindruck nur erwecken, indem er den ideologischen Kontext der Protagonisten ausblendet und auf die Erwähnung wichtiger Aussagen von diesen verzichtet. Der von ihm in seinem Artikel besonders in Schutz genommene Jebesen kann vom Antisemitismusvorwurf wie Popp, Elsässer und Mährholz nicht ausgenommen werden. Mag man seine Äußerung, dass der Holocaust nur eine »PR-Aktion« gewesen sei, im besten Fall noch als einzelnen antisemitischen Fehltritt interpretieren können²², so ist sein Werdegang seit dem eindeutig in Richtung antisemitischer Publizistik zu sehen. Seine Rolle bei den »Montagsdemonstrationen« ist der beste Beweis dafür. Insgesamt kann das Bild, dass die angeblich »unkritische Presse« von den Montagsdemonstrationen und ihren Gallionsfiguren gezeichnet hat, bei genauerem Hinsehen bestätigt werden – und zwar deutlich.

Fußnoten

- 10.08.2014.
- 1) Daphi, Priska u.a.: Occupy Frieden – Eine Befragung von Teilnehmer/innen der „Montagsmahnwachen für den Frieden“, Forschungsbericht aus dem Zentrum Technik und Gesellschaft an der Technischen Universität Berlin, Bereich Soziale Bewegungen, Technik, Konflikte, in Kooperation mit dem Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V., Juni 2014, S. 3. Abrufbar unter: https://protestinstitut.files.wordpress.com/2014/06/occupy-frieden_befragung-montagsmahnwachen_protestinstitut-eu1.pdf, zuletzt abgerufen am 10.08.2014. Nachfolgend zitiert als: Daphi: Occupy Frieden, 2014.
 - 2) Wagemann, Jonas: Von neuen »Montagsdemos«, Ken Jebsen und unkritischer Presse, in: dispositio & opinio, Zeitschrift für Meinung und Diskurs, Ausgabe 1 (2014), S. 33 – 35, hier: S. 35. Abrufbar unter: http://www.dispositio-opinio.de/pdf/1/dispositio_01_2014.pdf, zuletzt abgerufen am 10.08.2014. Nachfolgend zitiert als: Wagemann: Montagsdemos, 2014.
 - 3) Wagemann: Montagsdemos, 2014, S. 33 u. 35.
 - 4) Ebd. S. 33 u. 34.
 - 5) Brodkorb, Mathias: Jürgen Elsässer und sein Magazin "Compact" - Der Gottfried Feder des 21. Jahrhunderts?, Endstation Rechts, 25.04.2011, <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/allgemeines-1/artikel/juergen-elsaesser-und-sein-magazin-compact-der-gottfried-feder-des-21-jahrhunderts.html>, zuletzt abgerufen am 10.08.2014.
 - 6) Querfront, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Mai 2013, <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/9338>, zuletzt abgerufen am 10.08.2014.
 - 7) Thurm, Frida: Die ganz eigene Welt der Montagsdemonstranten, Die Zeit, 22.04.2014, <http://www.zeit.de/gesellschaft/2014-04/montagsdemo-mahnwache-frieden-berlin>, zuletzt abgerufen am 10.08.2014, nachfolgend zitiert als: Thurm, Montagsdemonstranten, 2014; zu den Konferenzen siehe: Hohaus, Johannes: Compact: Mit Sarrazin gegen die Ehe für alle, Publikaive.org, <http://www.publikaive.org/2013/11/24/compact-mit-sarrazin-gegen-die-ehe-fuer-alle/>, zuletzt abgerufen am 10.08.2014.
 - 8) Die neuen Montagsdemos, Interview mit Alexander Häusler, 3sat, 19.05.2014, <http://www.3sat.de/media-thek/?mode=play&obj=43783>, zuletzt abgerufen am
 - 9) Daphi: Occupy Frieden, 2014, S. 4.
 - 10) Who owns the Federal Reserve?, Board of Governors of the Federal Reserve System, 02.08.2013, http://www.federalreserve.gov/faqs/about_14986.htm, zuletzt abgerufen am 10.08.2014.
 - 11) Lauer, Stefan: Montagsdemo-Initiator Lars Mährholz verschweigt seine rechte Vergangenheit, Vice, 21.05.2014, http://www.vice.com/de/read/montagsdemo-initiator-lars-maehrholz-verschweigt-seine-rechte-vergangenheit-kenfm-juergen-elsaesser/?utm_source=vicefb, zuletzt abgerufen am 10.08.2104.
 - 12) Friedensdemowatch, 13.04.2014, <https://www.facebook.com/friedensdemowatch/posts/647081268679466>, zuletzt abgerufen am 10.08.2014.
 - 13) Pipes, Daniel: Verschwörung, Faszination und Macht des Geheimen, München 1998, S. 140 ff.
 - 14) Voigts, Hanning: Der rechte Weg zum Frieden, Frankfurter Rundschau, 04.05.2014, <http://www.fr-online.de/politik/montagsdemos-der-rechte-weg-zum-frieden,1472596,27027214.html>, zuletzt abgerufen am 10.08.2014.
 - 15) Ebd.
 - 16) Wagemann: Montagsdemos, 2014, S. 34.
 - 17) Thurm: Montagsdemonstranten, 2014.
 - 18) Für weitere Informationen zu Popp und der Reichsbürgerbewegung siehe auch den Artikel auf psiram.com: http://www.psiram.com/ge/index.php/Andreas_Popp, zuletzt abgerufen am 11.08.2014.
 - 19) Kurz, Robert: Politische Ökonomie des Antisemitismus, Die Verkleinbürgerung der Postmoderne und die Wiederkehr der Geldutopie von Silvio Gesell. Abrufbar unter: www.linke-buecher.de, zuletzt abgerufen am 31.07.2014.
 - 20) Die neue Rechte, Keine organisierte neue Kraft, Interview mit Alexander Häusler, Deutschlandfunk, 24.04.2014, http://www.deutschlandfunk.de/die-neue-rechte-keine-organisierte-neue-kraft.694.de.html?dram:article_id=283523, zuletzt abgerufen am 10.08.2014.
 - 21) Zitiert nach: Jaecker, Tobias: Hauptsache gegen Ameri-

ka, in: Jungle World, 22.05.2014, <http://jungle-world.com/artikel/2014/21/49894.html>, zuletzt abgerufen am 31.07.2014.

- 22) Hier sei auch nochmal auf die Diskussion durch Wagemann: Montagsdemos, 2014 verwiesen. Der Sichtweise von Wagemann, dass Jepsens Äußerung im Kontext der Mail nicht als antisemitisch eingestuft werden könne, kann der Autor ausdrücklich nicht folgen.



Antisemitismus

Der Nahostkonflikt berührt zunehmend auch die deutsche Bevölkerung. Doch unter den aufkeimenden Protesten machen sich auch antisemitische Vorurteile bemerkbar. Zeit, den Antisemitismus in Deutschland genauer zu betrachten.

Ein Artikel von Julian von Mach

Was mit der Entführung dreier israelischer Jugendlicher begann, hat sich binnen weniger Wochen zu einer schweren Krise entwickelt. Die Nachricht über den Tod der drei Jungen Israelis und die darauffolgende Entführung und Ermordung eines jungen Palästinensers, befeuern einen alten, nicht enden wollenden Konflikt. Radikale Kräfte auf beiden Seiten verlangen nach Vergeltung. Seit Wochen befinden sich Israel und die Hamas wieder im Krieg. Im Raketenhagel sterben Menschen auf beiden Seiten. Wie konnte es wieder soweit kommen? Israel verteidigt sich gegen Angriffe radikalislamischer Terroristen, die nicht erst seit Tagen, sondern seit Jahren Raketen auf Tel Aviv und andere Städte schießen. Palästinenser flüchten vor israelischen Offensiven, hungern und leiden.

Dieser Krieg erreicht auch Europa, den Westen. Er wird hier nicht mit Waffen geführt, sondern mit Bildern und Slogans. Der Schauplatz ist nicht das West-Jordanland oder der Gaza-Streifen sondern Facebook, Twitter und die Straßen Berlins, Essens oder Wuppertals.

Eine neue Dimension

Leider demonstrieren wenige für Frieden. Auf zahlreichen Demonstrationen und Solidaritätsbekunden für Gaza kam es in den letzten Tagen zu Ausschreitungen und antisemitischen Parolen. Dabei bilden Rechtsextreme, Linksextreme und religiös Motivierte eine gemeinsame Front. Für sie steht der Schuldige fest: es ist Israel. In Essen und Wuppertal waren Anschläge auf Synagogen geplant¹. In Berlin wurden Sätze wie »Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein« skandiert. Der Skandal um Günther Grass' Was gesagt werden muss², verblasst gegenüber dieser neuen Dimension des Antisemitismus in Deutschland, die zwangsläufig Erinnerungen an das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte hervorruft. Es ist der schmale Grat zwischen Israelkritik und Antisemitismus der schon längst überschritten worden ist. Laut FAZ stellen den Großteil der Pro-Gaza Demonstranten junge Menschen mit Migrationshintergrund aus muslimischen Ländern³. Ihnen einen generellen Antisemitismus vorzuwerfen wäre jedoch falsch. Obwohl sie größtenteils nicht aus Gaza stammen, solidarisieren sie sich mit Palästinensern. Diese Solidarität wird leider allzu häufig von radikaleren Kräften missbraucht. Es ist eine Mischung aus dieser Einflussnahme und Unwissenheit die zu antisemitischen Slogans auf den Straßen und im Netz führt. Wasser auf die Mühlen jener, die Integration schon längst für gescheitert

erklärt haben und gegen Zuwanderung sind. Dabei wird keine Rücksicht auf die Heterogenität der Demonstranten genommen, »Dieser Antisemitismus entspringt nach allem, was man wahrnimmt, maßgeblich den Köpfen von Migranten aus der Türkei und arabisch-islamischen Herkunftsländern[..]«⁴. Aus pauschalen Annahmen werden hier dir falschen Schlüsse gezogen. Diese Form des Antisemitismus ist sehr wohl ein Ausdruck mangelnder Integration und Aufklärung und zugleich ein Armutszeugnis für die staatlichen Institutionen. Die Demonstrationen sind vielmehr Symptom einer Minderheit die sich, innerhalb wie auch außerhalb, der deutschen Öffentlichkeit nicht gut genug vertreten sieht. Die Lösung kann nicht darin bestehen, Menschen mit muslimischen Wurzeln die Schuld zu zuweisen. Genauso wenig hilft es, und dies ist eine deutsche Eigenart in Fragen des Antisemitismus, dessen Opfer zu befragen. Die in Deutschland lebenden Juden sind genauso wenig für die militärischen Aktionen Netanjahus verantwortlich, wie auch die in Deutschland lebenden Muslime nicht für Aktionen der Hamas oder einzelner Radikaler verantwortlich zu machen sind. Der Antisemitismus auf deutschen Straßen ist ein deutsches Problem dessen Ursachen nicht im Heiligen Land, sondern in unserer Gesellschaft zu finden sind. Die scharfen Verurteilungen der aktuellen Ereignisse seitens der deutschen Regierung sind ein wichtiges und richtiges Signal, reichen aber bei weitem nicht aus. Wenn man das Problem nicht identifiziert, kann man nur dessen Symptome behandeln wie an der aktuellen Krise zu sehen ist.

Der schmale Grat

Menschen bedienen sich, bewusst oder unbewusst, Klischees oder Ressentiments um ihre Unzufriedenheit mit der israelischen Politik zu bekunden. Auf palästinensischer Seite sind mehr Verluste zu beklagen als auf Israelischer, unter den Opfern befinden sich auch Kinder⁵. So kursieren dutzende Karikaturen im Netz, die den Juden zeigen, mit langer Nase und Kippa welcher Raketen auf Palästinenser schießt die mit Steinen nach ihm werfen. Auch ist es nicht verwunderlich das, das Bild des Juden als Kindermörder eines der ältesten antisemitischen Klischees, allzu oft bei Demonstrationen zu sehen ist. Stoppt den Genozid am palästinensischen Volk! Macht mit den Palästinensern nicht das, was Hitler mit euch gemacht hat! Steht häufig auf Transparenten oder im Netz. Raketen, Transparente oder Beschimpfungen werden aber weder auf der einen noch auf der anderen Seite, Opfer wieder lebendig machen. Möchte

man gegen den Krieg in Gaza demonstrieren, dann sollte man unbedingt auf Gewalt und antisemitische Parolen verzichten. Israel und Deutschland sind durch die Historie auf ewig miteinander verbunden, die deutsche Bundeskanzlerin formulierte, dass Israels Existenzrecht deutsche Staatsräson sei⁶. Deutschland kann in diesem Konflikt nicht unvoreingenommen sein und muss auf diplomatischem Wege versuchen Einfluss zu nehmen.

Wie kann man dem aktuellen Antisemitismus also begegnen? Zunächst einmal kann jeder einzelne etwas tun, indem man sich aktuell aus möglichst neutralen Quellen über das Geschehen in Gaza informiert. Ressentiments entstehen oft aus Unwissenheit und dieser kann man nur durch Aufklärung begegnen. Sowohl der Zentralrat der Juden in Deutschland, als auch der Zentralrat der Muslime in Deutschland rufen zu Gewaltverzicht und gegenseitigem Respekt auf^{7 8}. Diesem Aufruf sollten die Demonstranten folgen, der schmale Grat zwischen Israelkritik und Antisemitismus darf nicht überschritten werden.

Nachholbedarf

Bundespräsident Gauck sagte: »Aus diesem Grund möchte ich alle Deutschen auffordern und alle Menschen, die hier leben, auffordern, immer dann ihre Stimme zu erheben, wenn es einen Antisemitismus gibt, der sich auf den Straßen brüstet [...] Wir wollen das nicht hinnehmen. [...] Wir wollen dieses Land als ein Land der Toleranz und der Offenheit und als ein Land, das allen Menschen, die hier wohnen, Sicherheit garantiert.«⁹ Diesem Aufruf sollten wir nachkommen, nicht nur bei Antisemitismus sondern bei Fremdenfeindlichkeit jeglicher Art. Deutschland hat in Sachen Integration noch vieles aufzuholen. Migranten, egal aus welchen Ländern sie stammen, müssen besser in die Gesellschaft integriert werden. Ihre Meinungen und Ängste müssen vom deutschen Staat anerkannt werden.

Die einzige Lösung des Nah-Ost-Konflikts ist friedliche Koexistenz. Diese kann auch nur die einzige Lösung für das Problem in Deutschland sein. Zu behaupten der Antisemitismus in diesen Tagen würde einzig und allein von jungen Migranten ausgehen, ist grob fahrlässig. Man kann die Ausgrenzung, Anfeindung und Diffamierung von in Deutschland lebenden Juden, nicht durch Ausgrenzung einer anderen ethnischen Minderheit lösen. Aufklärung und Integration sind geboten.

Fußnoten

- 1) <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/antisemitismus-zentralrat-beklagt-judenhass-bei-demonstrationen-13056985.html>

- 2) <http://www.sueddeutsche.de/kultur/gedicht-zum-konflikt-zwischen-israel-und-iran-was-gesagt-werden-muss-1.1325809>
- 3) <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/nicht-dummstellen-die-migrantischen-wurzeln-des-neuen-antisemitismus-13065014.html>
- 4) <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/nicht-dummstellen-die-migrantischen-wurzeln-des-neuen-antisemitismus-13065014.html>
- 5) <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/gaza-krieg-antisemitismus-und-israel-kritik-in-deutschland-a-982245.html>
- 6) <http://www.welt.de/politik/article1814071/Das-sagte-Kanzlerin-Angela-Merkel-vor-der-Knesset.html>
- 7) <http://www.zentralratdjuden.de/de/article/4896.zentralrat-verurteilt-juden-hass-bei-pro-pal%C3%A4stinensischen-demonstrationen.html>
- 8) <http://zentralrat.de/23959.php>
- 9) <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauck-gegen-antisemitismus-wir-wollen-das-nicht-laenger-hinnehmen-13060455.html>



Tierversuche – Nager, Verschleiß und weitere Dinge die es sich lohnt, zu wissen

Robert Klöckers berichtet von politischen Machenschaften und Nutzungsabwägung im Bereich der wissenschaftlichen Tierversuche.

Ein Artikel von Robert Klöckers

Fast 90 % der in Deutschland für Tierversuche verwendeten Tiere sind Nagetiere wie Mäuse und Ratten.¹ Stellt sich die Frage, warum denn gerade auf die kleinen Nager zurückgegriffen wird und warum denn überhaupt Tiere verwendet werden müssen. Genau dieser Fragestellung soll im Folgenden nachgegangen werden – um ein wenig Einsicht zu schaffen, um ein wenig abzuwägen und vor allem um das Feld der Tierversuche auf wissenschaftlicher Basis und an einigen ausgewählten Beispielen (erneut) aufzurollen. Der Fokus des Artikels wird dabei primär der Maus gelten, sie ist und bleibt nun einmal das meist verwendete Wirbeltier der Forschung. Dennoch sollen Kritik an Politik und Tierrechtsextremismus geübt und mit einigen Unwahrheiten aufgeräumt werden.

Hier kommt die Maus

Die Labor- beziehungsweise Hausmaus (*Mus musculus*) und auch ihr Verwandter, die Ratte, sind sogenannte Modellorganismen. Ein Modellorganismus zeichnet sich durch eine kurze Generationszeit, kostengünstige Haltung und die Vielfältigkeit der bereits vorhandenen Informationen über den Organismus aus. Maus und Mensch sind genetisch bis zu 97 % verwandt,² eine Zahl die vorerst reichlich unrealistisch erscheint, dennoch ist dies wissenschaftlich belegt; erklärt sich hier doch unter anderem auch das »warum gerade die Maus«. Weiterhin sind Mäuse klein, werfen in einer Schwangerschaft mehrere Jungen, haben wenig Anspruch an die Haltung und ihr Genom ist bereits entschlüsselt. Kurzum: ein idealer Modellorganismus.³

Eine solche »Maus« ist, wie viele denken, nicht einfach die gewöhnliche Wald- und Wiesenmaus, die häufig auf Feldern oder auch im heimischen Garten angetroffen wird. Bei den in der Forschung verwendeten Nagern handelt es sich um spezifisch gentechnisch veränderte Stämme (GM-Mäuse; Genetisch Modifiziert), welche fest vorgegebenen Standards und Richtlinien entsprechen müssen, um nicht nur einen internationalen Forschungsaustausch zu gewährleisten, sondern auch, um nachvollziehbare, einheitliche Ergebnisse zu erzielen. Die Mäuse werden von einer Vielzahl darauf spezialisierter Unternehmen verändert, welche in der Regel selbst nichts mit der später an der Maus durchgeführten Forschung zu tun haben. Einige kennen bestimmt sogenannte GFP⁴-Mäuse aus Film und Fernsehen mit leuchtend grünen Ohren oder Gliedmaßen, um ein Beispiel gentechnischer Varianten zu nennen. Solche

»verbesserten« Haustiere sind aber gewiss nicht Ziel der Forschung.

Die Sache mit der Tierhaltung

Die genetische Veränderung von Mäusen, sie mit Krebs zu infizieren, so zu verändern, dass ihr Immunsystem teilweise defekt ist oder ihnen bestimmte Abwehrreaktionen fehlen, scheint auf den ersten Blick grausam. Doch dienen solche Manipulationen zur Grundlagenforschung von Alzheimererkrankungen, an ihnen werden die Ursachen für Diabetes ergründet und Krebszellen können in vivo beobachtet werden, dennoch bekommen solche Tiere ein gutes Leben im Labor. Und das ist so gemeint. Der Preis für diverse GM-Mäuse liegt bei teilweise 20.000 €. Das Interesse des Unternehmens, des Forschenden am Wohlergehen der Mäuse, könnte also nicht größer sein, möchte man doch gewiss nicht durch schlechte Haltungsbedingungen einen vorzeitigen Tod der Maus herbeiführen. Es kann also trotz dieser negativen Veränderungen nicht von einem Verheizen von Tieren die Rede sein. Eine Maus die, unsanft ausgedrückt, schnell sterben würde, ist nicht tragbar für die Institution, welche die Forschung betreibt.

Für Mäuse und Ratten haben sich eine Reihe von Mindeststandards bei der Haltung ergeben. Fast alle zielen jedoch darauf ab, dass der Käfiguntergrund zumindest mit Stroh bedeckt ist, und jede Maus deutlich mehr Platz hat, als im Größenverhältnis zum Beispiel eine Bruthenne in der deutschen Legehennenhaltung (nur die Fläche eines DIN A4 Blattes pro Henne!). Dabei darf ein Gitterboden zur Haltung nur in den seltensten Fällen verwendet werden. Einige GM-Mäuse erhalten Laufräder in ihre Käfige, wie zum Beispiel Negativ- Testgruppen bei Untersuchungen von Adipositas (Fettleibigkeit) oder in der verhaltensbiologischen Forschung. Eine Untersuchung, welche im April diesen Jahres veröffentlicht wurde, widerlegt eindeutig die Kritik vieler Tierrechtler, die Nutzung eines Laufrades würde dem natürlichen Verhalten von Nagern nicht entsprechen – es wäre ja untypisches, abstumpfendes Verhalten, ständig auf der Stelle zu laufen.

So wurden im Rahmen der wissenschaftlichen Untersuchung zur Nutzung von Laufrädern des neurophysiologischen Instituts der renommierten niederländischen Universität Leiden auf Feldern kameraüberwachte Laufräder aufgestellt. Diese wurden, entgegen den eigentlichen Erwartungen, fleißig von Waldmäusen und auch Fröschen verwendet. In der freien Wildbahn ist im Gegensatz zum Labor kein Belohnungssystem für die Nutzung von Laufrä-

dern vorhanden und dennoch wurden diese nicht nur eifrig von der Fauna genutzt, sondern auch die durchschnittlichen Laufzeiten von Labormaus und Waldmaus stimmten überein.⁵ Besonders Tiere, welche nach längerer Überwinterung noch ein wenig unfit waren, nutzen das verfügbare Laufrad – frei nach dem Motto: weg mit dem Speck.

Trotz aller Haltungsbemühungen und der hohen Kosten einer Labormaus beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung nur 137 Tage. Sieht man einmal ab von den Haustiermäusen, welche gut und gerne zwei bis drei Jahre im heimischen Käfig überleben, lebt die Maus in freier Wildbahn selten länger als ein Jahr. Hier liefern sich das Räuber-Beute-Verhältnis und innerartliche Konkurrenz, also rein selektiv/evolutive Vorgänge, einen klassischen Wettbewerb. Mit den 137 Tagen im Labor sieht es also gar nicht so schlecht aus.

Wir wissen, dass wir längst nicht alles wissen

Ein Treffen Anfang dieses Jahres in München mit stellvertretenden Forschern aus China, USA, Japan und Kanada kam zu dem Entschluss, dass die Aufklärung der Wissenschaftler, welche eine Maus genetisch verändern und entsprechende Forschung betreiben, mehr Bedeutung erhalten muss. Mit dem Stand der heutigen Technik ist es einfach und schnell, eine Veränderung des Erbgutes zu erzeugen, ohne verstehen zu müssen, was dabei eigentlich genau passiert. Weiterhin ist die Maus trotz bekannten Genoms nach wie vor eine »große Unbekannte«, weiß man doch nicht von allen Genen, welche Proteine⁶ aus ihnen hervorgehen und wofür diese verantwortlich sind. In diesem Sinne wurde über ein bereits im Mai 2010⁷ beschlossenes 900-Million-Dollar-Projekt (658 Millionen €) gesprochen, welches die Maus als noch »große Unbekannte« vollkommen entschlüsseln und dabei für die nötige wissenschaftliche Aufklärung sorgen soll. Hierbei soll jedes Gen einer Maus sukzessive einem sogenannten Knock-out unterzogen, also ausgeschaltet werden. Dies ist ein routiniertes Verfahren, mit dem Mäuse gentechnisch verändert werden. Eine Maus soll entsprechend nur einen dieser Knock-outs erhalten, so dass sich ein gesamtes Bild aus fehlenden Genen ergibt. Damit kann, wie bei dem Zusammensetzen eines Puzzles oder Mosaiks, aus vielen Informationsteilen letzten Endes auf die entsprechende Funktion des ausgeschalteten Genes geschlossen werden. Für einige Gene und auch Genabschnitte ist diese Information bereits bekannt. Das Problem besteht allerdings darin, dass Forschung mit Potential lange unter Verschluss gehalten wird, da schließlich die Möglichkeit auf große finanzielle Gewinne besteht.

Durch das Projekt werden über kurz oder lang Medikamente und Therapien, welche am Modellorganismus Maus getestet werden, seltener, im besten Fall gar nicht mehr, am Menschen scheitern oder Komplikationen hervorru-

fen. Theoretisch kann somit dafür gesorgt werden, dass die große Zahl von etwa 80 % am Menschen nicht funktionierender Therapeutika, welche auf Basis von Tierversuchen mit Mäusen erstellt wurden, gesenkt wird.⁸ Diese Idee steht seit fast einem halben Jahrzehnt im Raum und wird bereits von einigen Instituten privat finanziert. Allerdings fehlt der nötige finanzielle Durchgriff, um hier ein einheitliches, frei verfügbares Evaluierungsverfahren zu ermöglichen.

Der Fall Andreas K.

Der seit 1997 als Neurowissenschaftler tätige Andreas Kreiter machte eine besondere Erfahrung im Umgang mit Tierschützern beziehungsweise Tierrechts-Extremisten.

Er ist Hirnforscher, Spezialist für Affenhirne, und arbeitet in dem Zusammenhang an der visuellen Wahrnehmung von Primaten, also dem Sehprozess. Er ist auf internationaler Ebene bekannt und sowohl die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) als auch das Bundesforschungsministerium unterstützen seine Arbeit finanziell. Im Rahmen seiner Arbeit erhalten die Makaken unter Narkose eine kleine Elektrode an den Kopf transplantiert, welche dazu dient, die Aktivität einzelner Nervenzellen zu messen. Diese Operation ist völlig schmerzfrei und hat keinerlei gesundheitliche Folgen für die Tiere. Während einer Sitzung schauen die Affen vier bis fünf Stunden auf einen Bildschirm und lösen bestimmte Aufgaben, wobei sie als Belohnung Trinkwasser erhalten. Dieses lange Sitzen und der Wasserentzug scheinen auf den ersten Blick nicht tierfreundlich. Bedenkt man aber, dass die Affen bis zu zwei Wochen ohne Trinkwasser auskommen und sich gegenseitig teilweise bis zu acht Stunden am Stück Entlausen, erscheint das ganze banal. Die Tiere müssen sich wohl fühlen und dürfen keine Angst haben, sonst verweigern sie schlichtweg die Arbeit^{9,10}.

Tierrechtsschützer hingen zu Beginn von Kreiters Arbeit in Bremen Plakate auf, die ihn als »Affenquäler« Bremens darstellen. Seine Adresse und Telefonnummer waren darauf abgebildet. Ihm wurde gedroht, dass seine Frau und 5 Jahre alter Sohn umgebracht werden, höre er nicht mit der Tierquälerei auf. Er wurde in diversen Zeitungen diffamiert und bloßgestellt, alles unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit. Er, ein durchschnittlicher Arbeitnehmer, Teil des Lehrkörpers, der für die Bildung zukünftiger Generationen von Wissenschaftlern und Lehrern an der Universität Bremen verantwortlich ist, wurde quasi »zum Abschuss freigegeben«. Andreas K. stand daraufhin lange unter polizeilichem Schutz, wurde er ja quasi im mittelalterlichen Stil vom wütenden Mob verfolgt.

»Es wird suggeriert, als Durchführender von Tierversuchen sei Professor K. das Menschsein abzuspochen. Mit dieser Ausgrenzung und Entmenschlichung einer Person ist die Grenze zulässiger öffentlicher Meinungsbildung und -äußerung überschritten«, empörte sich der Rektor der Bremer Universität.¹¹

Sehr lange wurde der Forscher von diversen Tierrechts-

vereinen an den Pranger gestellt und hatte ständig mit der Kritik an seiner Arbeit zu kämpfen. Mit Beginn der Kommunalwahlen 2007 erwog dann nicht nur der amtierende Bürgermeister Bremens (CDU) sondern auch die Konkurrenzpartei (SPD) sich doch genauer mit diesem Thema auseinanderzusetzen und der Fall wurde zum Politikum des Wahlkampfes. Beide Parteien stellten sich auf die Seite des Volksmundes und unterstützen die Anti-Tierversuchs-Lager ausgiebig. Über die Jahre sammelte sich aufgrund der Forschung von Andreas K. eine große Reihe von Anklagen und Gerichtsprozessen. Bei den Prozessen vor dem Obergericht Bremen wurden politisch motivierte Experten ins Rennen geschickt, welche eindeutig festgestellt hätten, dass jenes, was K. da täte, Tierquälerei wäre. Diese Annahmen basierten jedoch auf (bewusst?) falscher Wiedergabe der Arbeitsskripte von Andreas Kreiter.¹² Das Obergericht Bremen stellte 2012 fest, dass die Arbeit und Forschung von Andreas K. keine Verletzung von gültigem Recht darstellt. In weiterer Instanz vor dem Bundesverwaltungsgericht Leipzig Anfang dieses Jahres 2014 bekam K. dann endgültigen Zuspruch. Seine Berichte bezüglich des Umgangs mit den Affen sind akzeptiert und validiert; »die Belastungen der Versuchstiere (Rhesusaffen) seien im Hinblick auf die hohe wissenschaftliche Bedeutung des Versuchsvorhabens ethisch vertretbar«.¹³ Die menschenrechtsverletzende Hetzjagd von Tierschützern und Politik (auch die Verletzung der Menschenrechte und Grenzen der Meinungsbildung wurden während der Verfahren abgedeckt) soll ein Ende haben.

Im Fall Andreas K. ist nun eine Rechtsprechung entstanden, die viele Leute nicht akzeptieren wollen oder können, es gilt hier aber, den Mensch als solchen zu respektieren, hält er sich doch an die vorgegebenen Gesetze. Ein derartiges entmenslichendes und terrorisierendes Verhalten, wie es in Bremen stattgefunden hat, darf nicht toleriert, sollte nicht einmal erdacht werden.

An dieser Stelle muss gesagt werden: Mag das Anliegen der Tierschützer noch so ehrenwert sein, auch sie müssen sich an Recht und Gesetz halten. Ist es sinnvoll, wenn sich Politiker in Fragen einmischen, von denen sie wenig verstehen, nur im in der Wählergunst zu steigen? Um welche Art Mensch handelt es sich bei jenen, welche Leute mit dem Tode bedrohen, weil sie Tätigkeit xy ausführen?

Es gibt klare Richtlinien und Regeln beim Umgang mit Tieren in der Forschung,¹⁴ beim Umgang mit Tieren in der Viehzucht, beim Umgang mit Tieren in den eigenen vier Wänden. Diese müssen eingehalten und stetig kontrolliert werden, ja sogar kontinuierlich korrigiert und dem Stand der Dinge angepasst werden. Ob Maus, Affe, Kaninchen oder Pferd; ob Haustier oder Nutztier – jedem Tier sind Wahrnehmung, Schmerzempfindung und Lernen gegeben. Jedem Tier ist ein angenehmes Leben zu ermöglichen und dabei gehen viele Forscher auch schon über die Richtlinien hinaus und machen es besser als vorgegeben. Leider gibt es auch schwarze Schafe, welche sich aber außerhalb

des gültigen Rechtsraumes bewegen. Es müssen so wenig und so viel Tierversuche wie nötig gemacht werden, und die Entscheidung, was notwendig ist und was nicht, hat nicht der Extremist, hat nicht der Wahlkämpfer, hat nicht der Tierschützer zu entscheiden, sondern die gesetzgebende Instanz, welche sich mit der Thematik ständig auseinandersetzt (auseinandersetzen sollte).

An dieser Stelle muss jeder selber entscheiden, in welches Lager er sich stellt. Oder ob er sich überhaupt in ein Lager stellt und nicht eher versucht neutral zu vermitteln. Für einige sind es schließlich nur Tiere, für andere der beste Freund.

Fußnoten

- 1) Deutsches Referenzzentrum für Ethik in den Biowissenschaften <http://www.drze.de/im-blickpunkt/tierversuche-in-der-forschung>
- 2) <http://www.openscience.or.at/#!/wissen/gen-und-genomforschung/modellorganismen>, Universität Berlin: <http://goo.gl/5XVRjX>
- 3) Rachel A. Ankeny, Sabina Leonelli: What's so special about model organisms? *Studies in History and Philosophy of Science Part A*
- 4) GFP = Green fluorescent Protein (dt.: grün fluoreszierendes Protein)
- 5) Johanna H Meijer and Yuri Robbers : Wheel running in the wild *Proceedings of the Royal Society*, April 2014
- 6) Proteine sind unter anderem die »Macher« eines jeden Organismus, jedes Enzym ist ein Protein. Es gibt Strukturproteine wie Kollagen, enzymatische Proteine wie Alkoholdehydrogenasen (Abbau von Alkohol); sie alle werden aus Genen (quasi der Bauleitung) erstellt.
- 7) Abbot, Alison: Mouse project to find each gene's role; *Nature* 5/25/2010
- 8) Perrin, S.: Make mouse studies work *Nature* 5/27/14 Vol 507
- 9) Lydia Klöckner: Diese Hirnforschung ist nur mit Affen möglich; *Die Zeit Online*, 13.12.2012
- 10) http://de.wikipedia.org/wiki/Andreas_Kreiter
- 11) Brigitta von Lehn; Hassfigur der bioverliebten Vegetarier Gesellschaft; *Die Welt*, 03.05.2014
- 12) Andreas K.: Science at the sharp end of oppressive politics 02/13/14 Vol 506. »When I and others asked why the same type of experiment exploring the same type of scientific question suddenly no longer fitted the requirements [...] the

authorities commissioned expert reports. These claimed that the macaques (apes) suffering had an equal severity level to situations in which, for example, animals slowly die after severe, extended illnesses. This was absurd. Our [...] experiments invest years of work on a single animal and depend [...] on the physical and behavioural health.«

- 13) Bundesverwaltungsgericht Pressemitteilung;
<http://goo.gl/MIdfBL>
- 14) Tierschutzgesetz (<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/tierschg/gesamt.pdf>) Verordnung zum Schutz von zu Versuchszwecken oder zu anderen wissenschaftlichen Zwecken verwendeten Tieren (<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/tierschversv/gesamt.pdf>)

Literatur

Deutsches Referenzzentrum für Ethik in den Biowissenschaften (<http://www.drze.de/im-blickpunkt/tierversuche-in-der-forschung>)

Rachel A. Ankeny, Sabina Leonelli What's so special about model organisms? Studies in History and Philosophy of Science Part A

Johanna H Mejer and Yuri Robbers : Wheel running in the wild Published: Proceedings of the Royal Society, April 2014

Abbot, Alison: Mouse project to find each gene's role; Nature 5/25/2010

Perrin, S.: Make mouse studies work Nature 5/27/14 Vol 507

Brigitta von Lehn; Hassfigur der bioverliebten Vegetarier Gesellschaft; Die Welt, 03.05.2014



Die Wahl-»Pflicht«. Ein Plädoyer für die Pflicht zur Auseinandersetzung

Wahlpflicht — Ja oder Nein? Über diese Frage diskutieren in dieser Ausgabe von dispositio & opinio die Autoren Julius Lübbersmann und Tim Niendorf. Julius Lübbersmann untersucht den Begriff »Pflicht« genauer und nimmt die Wähler in die Verantwortung.

Ein Artikel von Julius Lübbersmann

Die Europawahlen sind vorbei. Das neu gewählte Parlament nimmt seine Arbeit auf und vertritt für die nächste Legislaturperiode den Wähler auf europäischer Ebene. Erstmals konnten die Wähler, zumindest scheinbar, auch über einen EU-Kommissionspräsidenten abstimmen. Motivation genug also wählen zu gehen und tatsächlich, die Wahlbeteiligung stieg in Europa um 0.09 % und in Deutschland sogar um 4.63 %.¹ Es besteht Grund zur Freude, wären da nicht die gesamte Wahlbeteiligung. Europaweit lag sie bei 43.09 %.² Trotz aller Versuche den Wähler an die Urne zu bekommen, hat also nicht einmal die Hälfte aller Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Kann in diesem Zusammenhang noch von einer demokratischen Legitimation gesprochen werden? Gegenbeispiele liefern Belgien und Luxemburg mit einer Wahlbeteiligung von jeweils 90 %, eben jene Staaten, in denen es eine sogenannte »Wahlpflicht« gibt. Grund genug also, eine Debatte über den Sinn derartiger Regelungen zu beginnen.

Ein undankbarer Vergleich?

Nun kann den Ausführungen entgegengesetzt werden, dass Europawahlen als Argument für eine Wahlpflichtsdiskussion sehr unpassend wären. Ein derart abstraktes Gebilde motiviere den Wähler traditionell kaum, seine Stimme abzugeben, zu weit weg seien Entscheidungsträger und zu komplex die Sachverhalte. Zugegebenermaßen sind die Wahlbeteiligungen auf Bundesebene höher. Bei der Bundestagswahl 2013 lag sie bei 71,5 %³ und ist dabei im Vergleich mit Amerika (57,1 %)⁴ oder der Schweiz (48,5 %)⁵ relativ hoch. Bedenkt man jedoch, dass in Deutschland 2009 24% der Bevölkerung nicht wahlberechtigt war, so haben wir eine parlamentarische Vertretung, die nur von knapp der Hälfte der Bevölkerung gewählt wurde. Noch drastischer wird dieser Eindruck bei Kommunalwahlen. Obwohl dort Entscheidungen gefällt werden, die viele Wähler unmittelbar und spürbar betreffen, sind die Wahlbeteiligungen sehr niedrig. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen gab es eine Wahlbeteiligung von 49,2 %⁶ und das, obwohl sie parallel zur Europawahl stattfanden.

Das Dilemma

Wir erleben also, dass unabhängig von Inhalt und Ort der Wahl drastisch niedrige Wahlbeteiligungen gemessen werden, die kaum noch die Abgeordneten legitimieren. Wenn wir Demokratie abgeleitet von demos als eine Herrschaft des Volkes fassen, müssen wir uns mit unserem Ver-

ständnis des Begriffs »Volk« auseinandersetzen. Wortgeschichtlich bezeichnet es lediglich eine Gruppe von Menschen, ohne eine konkrete Anzahl zu nennen. Dennoch wird mit diesem Begriff zunehmend die Mehrheit einer bestimmten Menschengruppe bezeichnet. In einem Nationalstaat ist mit Volk also umgangssprachlich die Mehrheit der dort lebenden Bevölkerung gemeint.⁷ Wenn nun aber insgesamt weniger als 50 % der in diesem Gebiet lebenden Menschen wählen gehen, haben wir ein Dilemma, weil eben nicht mehr das »Volk« herrscht, sondern nur eine Minderheit der Mehrheit (so paradox dies klingt). Dies ist nicht nur demokratisch problematisch, sondern erschwert auch die praktische Arbeit der Politiker, die sich nicht auf den Mehrheitswillen berufen können. Umgekehrt kann dies dazu führen, dass Politik im Sinne der wählenden Bevölkerung gemacht wird, die den Interessen der Mehrheit widerspricht.

Eine Lösung bietet die sogenannte Wahlpflicht.

Die falsche Diskussion

Gründe für und gegen eine Verpflichtung zur Wahl gibt es viele und sie werden rege diskutiert. Im Mittelpunkt steht oft das Argument, dass eine Pflicht nicht die Gründe für eine Wahlverweigerung beseitige, sondern lediglich das Symptom bekämpfe. Dagegen wird oft erwidert, dass Nichtwähler den Status quo, den sie mit ihrer Nichtwahl angreifen wollen, nur weiter festigen, die Pflicht zur Wahl dazu führe, dass im Interesse der Wähler Politik gemacht werden könne, was wiederum doch die Gründe für Politikverdrossenheit bekämpfe. Es sei sinnvoll, über die Wahl Veränderungen im eigenen Interesse herbeizuführen und Bürger_innen in demokratischen Gesellschaften hätten die moralische Verpflichtung zur Wahl zu gehen.⁸ Sosehr diese Argumente auch zutreffen, sie thematisieren nicht den eigentlichen Kern der sogenannten Wahlpflicht, weil bereits das Wort »Pflicht« irreführend ist.

Ist das wirklich eine Pflicht?

Genau betrachtet bietet nicht die sogenannte Wahlpflicht, sondern die Pflicht, sich mit der Wahlmöglichkeit auseinanderzusetzen eine Lösung des Wahldilemmas. Eine Pflicht zu wählen soll und darf es nie geben, weil das voraussetzt, dass die Wahlen nicht geheim ablaufen. Wie sollte sonst kontrolliert werden, dass der Wähler tatsächlich sein gültiges Kreuz setzt? Eine wirkliche Wahlpflicht ist somit vom Tisch. Der Begriff »Wahlpflicht« ist also irreführend und dient vielmehr dazu, die eigentlichen Gedanken

hinter diesem Ansatz zu diskreditieren.

Praktisch bedeutet diese sogenannte Wahlpflicht nur, dass Wähler am Wahltag die Wahlkabine aufsuchen oder zuvor einen Brief verschicken müssen. Nüchtern betrachtet eine zumutbare Aufgabe. Natürlich hat jeder Wähler weiterhin die Möglichkeit ungültig zu wählen und somit seiner geistigen Opposition Ausdruck zu verleihen. Nachteile bietet dieser Ansatz also keine. Vielmehr begegnet er vielen Problemen, die nicht von der Hand zu weisen sind. So ist beispielsweise zu beobachten, dass zu heißes, kaltes oder nasses Wetter die Wahlbeteiligung drückt. Dass es sich hierbei um politischen Protest handelt, ist kaum zu vertreten, vielmehr wird eine Bequemlichkeit deutlich. Bei einer Wahlbeteiligung von 43 % in Europa heißt dies nicht, dass 57 % der Wähler die Europäische Union ablehnen, sondern vielmehr, dass viele Menschen zu bequem waren zu wählen. Dort greift die sogenannte Wahlpflicht. Sie verpflichtete Menschen zum Gang zur Wahlkabine (oder wenigstens dazu, einen Brief in einen Briefkasten zu werfen), nicht mehr und nicht weniger. Dort muss sich jeder mit seiner politischen Einstellung auseinandersetzen. Protest ist weiterhin möglich, Nichtwahl auch. Nur Bequemlichkeit wird geahndet. Das Resultat ist, dass Politiker höhere demokratische Legitimation genießen, dass Wahlergebnisse adäquat den wirklichen Wählerwillen widerspiegeln und dass alle mündigen Bürger_innen sich mit ihrer politischen Meinung und Einstellung auseinandersetzen. Die treffende Bezeichnung ist somit: Pflicht zur Auseinandersetzung mit der eigenen politischen Einstellung. Und das können wir von mündigen Menschen in derart unregelmäßigen Abständen durchaus verlangen.

- 8) Eine spannende und kurze Diskussion ist hier zu sehen: <https://www.youtube.com/watch?v=7UchV0mQ8JA> [zuletzt abgerufen am 06.08.2014]

Fußnoten

- 1) Vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europawahl/188778/wahlbeteiligung-2014> [zuletzt abgerufen am 06.08.2014]]
- 2) Vgl. ebd.
- 3) <http://www.bundeswahlleiter.de/> [zuletzt abgerufen am 06.08.2014]
- 4) <http://www.presidency.ucsb.edu/data/turnout.php> [zuletzt abgerufen am 06.08.2014]
- 5) http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/blank/key/national_rat/wahlbeteiligung.html [zuletzt abgerufen am 06.08.2014]
- 6) https://www.duesseldorf.de/wahlen/die_wahlen/kommunalwahl/ergebnisse.shtml [zuletzt abgerufen am 06.08.2014]
- 7) <http://de.wikipedia.org/wiki/Volk> [zuletzt abgerufen am 06.08.2014]



Die Freiheit der Enthaltung

Ob bei Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen – immer deutlicher zementiert sich der Eindruck, dass der Rückgang der Wahlbeteiligung auf unabsehbare Zeit nicht aufzuhalten ist. Wäre die Einführung einer Wahlpflicht eine erstrebenswerte Lösung dieses Problems? Mitnichten. Es handelt sich um eine Verschleierungsstrategie!

Ein Artikel von Tim Niendorf

Es gal um welche Wahl es sich in den letzten Jahren handelt, immer mehr stellt sich die spannende Frage nach der Höhe der Wahlbeteiligung. Denn diese geht in Deutschland, aber auch in anderen Ländern immer weiter zurück. Nicht zuletzt deswegen ist das Wort Politikverdrossenheit ein häufig fallender Begriff, wenn mal wieder eine Wahl abgehalten wurde und über die Nichtwähler gesprochen wird. So auch jüngst, als die EU-Bürger aufgerufen waren, ein neues Europa-Parlament zu bestimmen. Mit Neugier wurde nicht nur darauf geschielt, ob Konservative oder Sozialdemokraten die Nase vorn haben würden, sondern auch, ob die Etablierung der Spitzenkandidaten mehr Bürger an die Urnen locken könnte. Sie vermochte es nicht. Denn es geht nicht nur um Gesichter bekannter Politiker. Nein, es geht auch um Inhalte. Die Wahlbeteiligung verharrte bei der Europawahl bei 43 Prozent. Ein erschreckend niedriger Wert. Noch erschreckender war das Resultat in der Slowakei: Nur 13 Prozent der Wahlberechtigten nahmen ihr Wahlrecht in Anspruch. Unbegreiflich, wenn man bedenkt, dass Vorgängergenerationen dieses Recht hart erkämpfen mussten.

Auf der anderen Seite finden wir aber auch Zahlen, die herausstechen: Belgien und Luxemburg sind mit jeweils 90 Prozent Wahlbeteiligung herausragende Spitzenreiter der EU-Mitgliedsstaaten. Sind die Belgier und Luxemburger also pflichtbewusstere Demokraten? Das könnte man anhand dieser Zahlen denken. Doch es ist klar: Mit einer solchen Annahme unterläge man einem Trugschluss. Es ist die Wahlpflicht in den beiden letztgenannten Ländern, die das Bild verzerrt und einen Vergleich mit Deutschland oder gar Slowakei unmöglich macht.

Belgien und Luxemburg als Vorbilder?

Ist das Nichtwählen der Slowaken zum Kopfschütteln? Und ob! Wäre die Einführung einer Wahlpflicht nach Vorbild Belgiens und Luxemburgs daher die logische Konsequenz? Wohl kaum. Denn das Ergebnis Belgiens und Luxemburgs beruht auf Androhung von Strafe bei Wahlenthaltung. Doch ist es nicht das gute Recht – auch und gerade in einer Demokratie – bei einer anstehenden Wahl zu Hause zu bleiben und zu sagen: »Ich lehne alle Wahlmöglichkeiten ab.«? Hätte die Slowakei beispielsweise eine Wahlpflicht bei Europawahlen, würde niemand sehen, dass es in dem Land offensichtlich großen Nachholbedarf gibt. Die Europäische Union ist für die Slowaken offensichtlich meilenweit weg. Doch um nicht einseitig über unseren europäischen Nachbarn, der nur Extrembeispiel

ist, zu schimpfen, können wir ähnlich über Deutschland sprechen. Auch hier ging nicht einmal jeder Zweite wählen. Und das, obwohl mit Martin Schulz ein Deutscher als Kandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten angetreten ist.

Bevor die Europäische Union weitere Machtkompetenzen erhält, muss sie zunächst die nicht akzeptable Wahlbeteiligung analysieren und Europa den Menschen näher bringen. Eine Wahlpflicht wäre das falsche Signal. Statt auf Freiwilligkeit zu bauen zöge man den Unwillen derer auf sich, die zurückhaltend auf die EU blicken. Gäbe es eine Wahlpflicht für alle EU-Bürger, würde man nicht so leicht erkennen, wie es um die Akzeptanz und das Verständnis der Europäischen Union bestellt ist.

Eine Entscheidung des mündigen Bürgers

Nun kann man natürlich anführen, dass eine Wahlpflicht dazu führte, sich intensiver mit der Politik auseinanderzusetzen. Doch wäre dies gewiss? Soll jemand, der nicht einmal weiß, welche Koalition gerade Deutschland regiert, zum Wählen gezwungen werden? Das kann doch niemand wollen. Gleichwohl dürften einige Nichtwähler sehr wohl über politische Ereignisse Bescheid wissen. Darüber hinaus bleiben nicht alle Nichtwähler der Wahl fern, da sie Demokratie ablehnten, sondern, weil sie der Meinung sind, dass die Politik ihre Probleme nicht mehr lösen wird.

Über Politik lässt sich vortrefflich streiten. Auch darüber, ob wählen gehen Sinn macht (und den macht es!). Doch genauso wie man in einer Demokratie die Wahlentscheidung des anderen respektieren muss, so sollte man auch zu tolerieren bereit sein, wenn jemand nicht wählen geht. Denn nicht zu wählen kann auch das Resultat einer reiflichen Überlegung sein. Wählen oder nicht wählen – das ist die Entscheidung eines mündigen Bürgers. Wer den mündigen Bürger zum Wählen zwingt, nimmt ihm eine freie Entscheidung. Wir sollten ihm daher zugestehen, für sich selbst zu bestimmen, was er für das Richtige hält. Andernfalls behandelten wir den Wähler wie ein Kind, welches an die Hand genommen werden muss. Natürlich ließe eine Wahlpflicht dem Wähler die Möglichkeit, ungültig abzustimmen. Aber was brächte es der Demokratie, statt immer mehr Nichtwählern eine steigende Anzahl an ungültigen Stimmen zu haben? Das Problem liegt doch zunächst in der Akzeptanz der Parteien. Gewöhnen die Politiker das Vertrauen der Nichtwähler zurück, würde sich eine Wahlpflichtdebatte erst gar nicht stellen. Eine Demokratie muss stark genug sein, Zweifler zu erdulden und fähig sein, sie

mit Argumenten wieder zurückzugewinnen. Wer letztlich immer noch nicht begreifen will, dass es eine Fülle an Wahlmöglichkeiten gibt und notfalls ungültig wählen eine Option ist, der sollte auch nicht zu seinem Glück gezwungen werden. Eine solche Person hat nicht verstanden, dass sich der Status quo nicht durch Abkehr verändern wird. Aber es liegt an ihr, dies zu erkennen.

Philosophie



Auf die Behauptung von Aron Schwertner, dass Gott eine Schöpfung des Menschen sei, folgen prompt Antworten von Sebastian Kirschner und Samuel Kressner. Außerdem befasst sich Jonas Wagemann mit der Frage, ob aus anthropozentrischer Sicht eine Tierethik denkbar sein könnte.



Gott — Eine Schöpfung des Menschen?

Beißt sich der Gottesglaube wirklich dermaßen mit naturwissenschaftlichen Erkenntnissen? Gibt es eine Möglichkeit, Gott und das Übel in der Welt zusammenzudenken? Und was hat das mit Mauern und Konstrukten zu tun? Eine Antwort auf Aron Schwertner aus christlich-philosophischer Sicht.

Ein Artikel von Sebastian Kirschner

In der ersten Ausgabe der *dispositio & opinio* fiel mir ein Artikel ins Auge, der mich als angehenden Theologen nicht kalt lassen konnte. Der Kommilitone Aaron Schwertner stellt darin seine These auf, dass Gott nur ein Konstrukt des Menschen ist und Glaube als anthropologisches Phänomen besser zu verstehen ist, wenn man die Gotteshypothese aus diesem herausklammert. Die folgenden Ausführungen nehmen den Gedankengang des Artikels auf und versuchen, Antworten auf die dargelegten Thesen aus Sicht einer christlichen Philosophie zu finden. Es geht im Artikel nicht darum, Dogmen aufzustellen oder gar Gott zu beweisen. Als Theologe Gott zu beweisen ist ein ebenso schwachsinniges Unterfangen, wie als Naturwissenschaftler Natur zu beweisen. Wie jede Wissenschaft, so fußt auch die Theologie auf Prinzipien, die sie sich nicht selbst gegeben hat. Ich glaube aber schon, dass es rationale Antworten auf die Anfragen des Kommilitonen gibt.

Wenn ein Konstrukt ein Konstrukt ist

Direkt zu Beginn seines Artikels gibt Schwertner eine knappe Definition dessen, was unter Gott verstanden wird. Er schreibt: »Mit dem Begriff ›Gott‹ meinen wir in der Regel ein metaphysisches Wesen, welchem besondere Eigenschaften und Fähigkeiten zugesprochen werden.« Hier liegt – meiner Meinung nach – der grundlegende Argumentationsfehler. Um am Ende herauszuarbeiten, dass es sich bei Gott um eine bloße Definition des Menschen handelt, stellt der Kommilitone eine Definition an den Anfang. Was nun folgt ist ein klassischer Zirkelschluss, den man auf die Formel bringen kann: »Wir Menschen definieren Gott und deshalb ist er eine bloße Definition.« Ähnlich ergeht es dem von Atheisten viel beschworenen Fliegenden Spaghettimonster. Ich definiere ein Wesen, das aus Spaghetti besteht und fliegen kann. Im nächsten Schritt erweise ich, dass Spaghetti nicht fliegen können und dann habe ich das Monster als bloßes Konstrukt entlarvt. So einfach kann man es sich mit Gott nicht machen, aber leider passiert genau das im Artikel von Schwertner. Was er damit jedoch überzeugend aufzeigt, ist, dass man es sich als Gläubiger nicht zu schnell in seinem Gottesbild gemütlich machen darf. Ich fasse seine Kritik nicht als Widerlegung der Existenz Gottes auf, sondern als Mahnung an den Theologen in mir, das Geheimnis, welches Gott ist, immer wieder neu zu reflektieren. Neben diesem grundlegenden Gedanken, sollen aber die anderen Ausführungen im Artikel nicht unbeachtet bleiben.

Die (Planck'sche) Mauer muss weg!

Die von Schwertner als »naive Vorstellung« gezeigte Schöpfungserzählung der Bibel (einem platten Statement, dem ich aus bibelwissenschaftlicher Sicht gerne widersprechen würde) ist für ihn durch die Ausführungen der Naturwissenschaften, namentlich den Erkenntnissen von Kopernikus und Darwin, gänzlich ersetzt. Hier möchte ich bei aller Hochachtung vor den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen ein Fragezeichen setzen. Als Beispiel soll mir die sogenannte Planck'sche Mauer dienen. Sie beschreibt den Zeitpunkt nach dem Urknall, ab dem eine physikalische Erforschung der Wirklichkeit erst möglich ist. Vorher gab es nämlich weder Raum noch Zeit. Man erahnt zwar, dass vorher etwas geschehen sein muss, aber man kann es nicht beschreiben. Wenn ich die Argumentation des Kommilitonen zugrunde lege, dann sind die 10-43 Sekunden vor der Planck'schen Mauer bloße Konstruktion, weil naturwissenschaftlich nicht beschreibbar. Eine Physik, die sich damit beschäftigt, wäre also reine Konstruktion und müsste in sich zusammenfallen. Wenn man so will, dann muss die Planck'sche Mauer weg, wenn die Naturwissenschaft die Theologie, bzw. die Philosophie wirklich ersetzen soll. Bis dahin (und es ist sehr unwahrscheinlich) bleibt Schwertners Postulat einer Ersetzung der Theologie durch die Naturwissenschaften für mich wenig überzeugend.

Auf dem Fels des Atheismus

Mit dem Theodizee-Problem spricht Schwertner einen der wundesten Punkte an, der auch Theologen seit der Aufklärung umhertreibt. Mir wäre es lieber, aus Respekt vor dem zahllosen, im Gegensatz zu Gottes Liebeszusage stehenden Leid in der Welt zu schweigen, aber da der Kommilitone das wichtige Thema anspricht, möchte ich mich um eine Antwort bemühen. Zur Untermauerung seiner These geht Schwertner wiederum von einer Definition Gottes aus. Diesem werden die Attribute »Allmächtigkeit« und »Güte« zugelegt, die dann im Folgenden als widersprüchlich zur faktischen Existenz von Übeln in der Welt gestellt werden. Es wird dabei nicht erklärt, was denn unter »Allmacht« und »Güte« verstanden wird. Allmacht kann denklogisch nicht verstanden werden, als dass Gott nach einem klassischen Beispiel einen Stein erschaffen kann, der schwerer ist, als dass er ihn stemmen könnte. Und Güte kann nicht so verstanden werden, als dass Gott gegen den Willen seiner doch freien (weil geliebten) Schöpfung immer nur das Gute durchsetzen kann. Wäre dem so, dann gäbe es keine Verantwortung des Menschen für sein Handeln. Wie kommen

wir also nun zu einer möglichst überzeugenden Vorstellung von Allmacht und Güte Gottes? Ich meine, der Mensch kann dies nicht aus bloß philosophischen Erkenntnissen eruieren, sondern bedarf einer Offenbarung (wie ja auch die Attribute Allmacht und Güte für Gott einer Offenbarung entspringen). Für uns Christen ist diese Offenbarung im Menschen Jesus von Nazareth ergangen. Wenn dieser nun elendig am Kreuz stirbt, dann zeigt sich (unter anderem) darin, dass die Allmacht Gottes nicht als despotische Willkürherrschaft zu denken ist, sondern als gekreuzigte Liebe zu seinen Geschöpfen und die Güte Gottes als Angebot verstanden werden kann, sich im Schatten des Kreuzes mit all dem realen Leid zu bergen. Noch einmal: Mir ist das Stottern dieser Ausführungen bewusst. Ich möchte aber der gestellten Frage nicht ausweichen. Die Theodizee bleibt aber wie schon zur Zeit Gotthold Ephraim Lessings der »Fels des Atheismus«.

Viele Religionen, ein Gott

Gegen den Wahrheitsanspruch des Christentums führt Schwertner an, dass die Existenz Gottes ein bloßes Dogma sei, dass es zu glauben oder eben abzulehnen gelte. Unterschwellig steht damit der Vorwurf im Raum, dass überspitzt gesprochen eine Gruppe alter Männer sich zusammengesetzt hat, einen Gott konstruiert hat und nun ihre Macht ausnützt, um andere zu diesem Glauben zu zwingen. Abgesehen davon, dass dies in der heutigen Zeit, zumindest in Mitteleuropa kaum möglich ist, steht das Argument gegen die Erfahrungen zahlreicher Generationen, die Gott in ihrem Leben erfahren haben (bis hin zur Generation der Menschen um Jesus, die Gott sozusagen persönlich kennen gelernt haben). Die Existenz Gottes ist also ein Dogma, weil sie erfahren wurde und nicht umgekehrt. Ein Dogma – zumindest nach katholischem Verständnis – ist sowieso nur eine sprachliche Fixierung einer göttlichen Wahrheit, deren sprachliche Gestalt ebenso flexibel ist wie die Ausdrucksmöglichkeiten der Gläubigen. So stellt es auch kein Argument gegen die Existenz Gottes dar, dass unterschiedliche Menschen unterschiedlicher Kulturen ihre Gotteserfahrung in unterschiedlichen Religionssystemen ausgedrückt haben. Wenn wir bedenken, dass Gott seine Schöpfung liebt, dann würde eine Gesamtreigion ohne menschliche Schattierungen ihm eher widersprechen als die Pluriformität religiösen Ausdrucks, der wir heute (auch innerhalb bspw. einer Konfession) begegnen. Die Frage der unterschiedlichen Plausibilität der religiösen Systeme spare ich hier bewusst aus.

Glaube als Entscheidung

Für mich ist mit den Ausführungen klar, dass es sich bei Gott nicht um ein Konstrukt des Menschen handelt, sondern eher um eine Wirklichkeit, die in menschlichen Worten beschrieben wird. Die Möglichkeit der Nichtexistenz Gottes bleibt dabei immer eine mögliche Option – nicht mehr und nicht weniger. Es handelt sich beim Glau-

ben für mich um eine philosophische Entscheidung; eine Entscheidung ähnlich der, ob der Mensch an sich gut (Jean-Jacques Rousseau) oder böse (Thomas Hobbes) ist oder der Entscheidung der Frage, ob unserer Erkenntnis etwas in der Wirklichkeit entspricht (Thomas von Aquin) oder alles nur Einbildung ist (René Descartes). Zu glauben heißt sich zu entscheiden. Aber die irrationalste Entscheidung ist es nicht.



Denn sie wissen nicht, was sie tun — Über den neuen Atheismus und sein Scheitern

Kann man den Artikel von Aron Schwertner aus der letzten Ausgabe als eine seriöse Religionskritik sehen oder handelt es sich lediglich um »naiven Wissenschaftspositivismus«? Samuel Kressner versucht im vorliegenden Artikel, den »New Atheism« zu kritisieren.

Ein Artikel von Samuel Kressner

Es war einmal (k)ein Strohmännchen...

Mit seinem in der vorigen Ausgabe erschienenen Artikel »Gott – Eine Schöpfung des Menschen« reiht sich A. Schwertner zusammen mit Größen wie Richard Dawkins, Sam Harris und Christopher Hitchens in die Strömung des sogenannten New Atheism ein. Eine Strömung die sich nicht so sehr für ihre wüste Kritik des Theismus auszeichnet, sondern vielmehr für ihre völlige Ahnungslosigkeit über das Phänomen, das sie zu kritisieren wünschen. Wovon Vertreter des New Atheism im allgemeinen ausgehen ist, mehr oder weniger, dass es der ursprüngliche Zweck der Religion gewesen sei, einen proto-naturwissenschaftlichen Diskurs über das Funktionieren des Kosmos zu liefern (Nach dem Motto: der Mensch erfindet den Gott Zeus um sich Blitze erklären zu können) und dass ein solcher Diskurs, nun, wo wir mit tatsächlicher Wissenschaft gesegnet sind, keinen Platz mehr in unserer Welt hat. Die Frage nach dem Sinn oder Unsinn von Religion wird hier heruntergebrochen auf eine Rivalität von Religion und Wissenschaft. Anstatt zu untersuchen, ob dies wirklich ein angemessenes Religionsverständnis ist, was den Rahmen dieses Artikels sprengen würde, möchte ich hier die Frage stellen, was der Diskurs des New Atheism für eine Funktion hat.

Jeder Kurs in informeller Logik oder Argumentationstheorie enthält eine kurze Kurseinheit, die sich mit dem Erkennen und Vermeiden von Fehlschlüssen befasst. Einer dieser Fehlschlüsse wird der Strohmännchen-Fehlschluss genannt. Hierbei wird eine Position falsch dargestellt und anschließend auf Basis dieser verzerrten Darstellung widerlegt. Der Fehlschluss besteht hier nicht in den eigentlichen Argumenten, die man gegen diese verzerrte Darstellung vorbringt, sondern in der fälschlichen Identifikation dieser Darstellung mit dem echten Sachverhalt. Diese kann mit bössartiger Absicht geschehen, etwa um sein Publikum durch unlautere Methoden von der eigenen Position zu überzeugen, häufiger ist es allerdings genuine Unwissenheit, die einen Denker hierzu verleitet.

Ist der diskutierte Punkt das leidige Thema der Wahrheit/Falschheit der Religion, so ist es jedoch meist nichts weiteres als intellektuelle Hybris, gerade auf Seiten der atheistischen Position, die sich oft als die Inkarnation der Ratio selbst versteht und aus ist den Aberglauben der rückständigen, religiösen Meute zu bändigen. Mit einer derart klaren Rollenverteilung ist es mehr als verständlich, dass man der Gegenposition die Komplexität abspricht, die sie in Wirklichkeit hat.

Es stellt sich nun jedoch die Frage, ob es sich bei besagtem Strohmännchen auch wirklich um einen solchen handelt. Wird die Religion – oder beschränken wir uns ruhig auf die christliche – hier wirklich falsch dargestellt? Es wäre nun an mir, Herrn Schwertner dies nachzuweisen und wir könnten eine grandiose Schlammschlacht starten, die sich durch den Verlauf der restlichen Lebenszeit dieser Zeitschrift zieht, eine langweilige und unfruchtbare Diskussion über die Existenz Gottes, wie man sie in jeder beliebigen youtube-Kommentarspalte nachlesen kann. Stattdessen möchte ich an dieser Stelle in aller Bescheidenheit kurz das gesamte Projekt des Neuen Atheismus in Frage stellen, in dem ich mir anschauen wer eigentlich das Ziel der Kritik ist. Erst wenn etabliert ist, was genau dieses Ziel der Kritik ist, kann die Frage nach der Validität des Strohmännchen-Vorwurfs abschließend geklärt werden, doch ich vermute zu diesem Zeitpunkt wird sich diese Frage längst erübrigt haben.¹

Das Problem an der Religionskritik des New Atheism ist, dass sie sowohl gültig und richtig, zum anderen Teil aber auch völlig falsch ist und ihren Gegner karikiert. Wie meine ich das? Nun, auch wenn der Dichter behauptet eine Rose sei eine Rose sei eine Rose, so verhält sich dies mit dem Phänomen der Religion nicht ganz so. Ich kenne Christen, welche die 6-Tage Schöpfung als historischen Fakt verstehen und der Ansicht sind, der Planet Erde sei nicht älter als 6000 Jahre. Aber genauso kenne ich Christen, die von der Evolutionstheorie überzeugt sind und auch die Richtigkeit der Radiokarbondatierung nicht anzweifeln. Wer ist das Ziel der Kritik?

Über die Wahl des Gesprächspartners

Ganz offensichtlich richtet sich der New Atheism nur gegen erstere, nennen wir sie der Einfachheit halber die »naive« Variante und fasst damit die Religion nicht in ihrer Gänze, sondern beschäftigt sich nur mit einem Teil von dieser. Jedoch findet in seinem Diskurs eine Anerkennung der Heterogenität der Religion nie statt (oder höchstens ganz kleinlaut, wenn ein solcher Atheist auf einen Vertreter der zweiten Spezies trifft). Der New Atheism fasst beides unter der Kategorie »Religion« auf und reduziert diese in einem nächsten Schritt auf die »naive« Variante, während er sich einem Dialog mit der anderen, »progressiven« kontinuierlich verweigert. Hiermit konfrontiert sollten wir uns die Frage stellen, ob eine Religionskritik, wie sie der New Atheism betreibt, wirklich in der Lage ist die Ergebnisse zu erzielen unter deren Banner er vermeintlich

kämpft, namentlich dem Triumphzug von Wissenschaft und Vernunft.

Meine These ist, dass er dies nicht nur nicht erreicht, sondern auch längst nicht mehr im Sinn hat. Nehmen wir uns hier die Behauptungen des New Atheism zu Wort und schauen, was er dem religiösen Gläubigen unterstellt: Aus dieser Perspektive ist der Gläubige häufig ein gewaltfreudiger Fundamentalist, der die Vernunft und Wissenschaft scheut wie der Teufel das Weihwasser und der naivem Aberglauben aufgesessen ist. Die Frage stellt sich, wie nun der New Atheism, nachdem er den Gläubigen als vernunftfreies Wesen charakterisiert hat, nun mit Vernunftgründen vom Evangelium des Atheismus überzeugen will. Ein spannender Fall für die Pädagogen unter uns. Wie kommunizieren wir, wenn wir dem Gegenüber von Anfang an absprechen, dass er eine gemeinsame Basis mit uns teilt aufgrund derer wir uns verständigen könnten? Es dürfte sehr offensichtlich sein, dass so kein Gespräch stattfinden kann.

How to loose friends and alienate people

Was der New Atheism hier betreibt ist nicht, wie er es proklamiert, die Förderung von Vernunft und Wissenschaft, sondern ein simples Othering. Der Begriff Othering geht auf die indischstämmige Literaturwissenschaftlerin Gayatri C. Spivak zurück und beschreibt einen Mechanismus, wobei das eigenen Image angehoben wird, indem man Personen mit bestimmten Merkmalen als »other«, also als fremdartig klassifiziert. In unserem Fall betreiben die Angehörigen des New Atheism eine Selbstüberhöhung, in dem sie sich über das Kriterium der »Vernunft« von ihrem Gegner abgrenzen, dem diese vermeintlich abgeht.

Wo liegt die Motivation für dieses Othering? Frust, Resentiment. Der New Atheism sieht sich einem Gegner gegenüber, den er nicht versteht und den er eben deshalb nicht besiegen kann. Dies kann er sich nicht eingestehen ohne seinen eigenen Standpunkt zu hinterfragen (meist ein naiver Wissenschaftspositivismus oder Naturalismus) und so karikiert er eben stur wie ein bockiges Kind und ebenso machtlos seinen Gegner.

All das wäre halb so schlimm, eine weitere lächerliche Tragödie wie wir Menschen sie andauernd hervorbringen, würde der New Atheism nicht in seiner Unwissenheit das Problem vertiefen. Der Fakt bleibt bestehen, dass viele Aspekte von Religion, so wie sie praktiziert wird, zu kritisieren sind, und viele religiöse Menschen würden dem auch voll zustimmen. Aber der New Atheism verweigert sich der Lösung dieser Probleme, in dem er sich weigert die Thematik der Religion angemessen zu verstehen und sich stattdessen nur an Strohmännern abarbeitet. Das mag gut für das Ego sein. Konstruktive Diskussion sieht jedoch anders aus.

- 1) Nur einen Punkt möchte an dieser Stelle kurz anbringen, der mir besonders sauer aufstößt. Wenn Schwertner in seinem Artikel behauptet, die Interpretation religiöser Texte sei eine bloße »Notlösung« macht er gemeine Sache mit der Form von Religion, die er kritisiert. Sowohl der naive Atheismus als auch die fundamentalistischen Ausprägungen der Religionen setzen den selben Literalismus als die alleingültige hermeneutische Methode zum Verstehen religiöser Texte voraus. Jegliche »Interpretation« wird hier verächtlich als Entstellung der »eigentlichen« Bedeutung des Textes abgetan, welcher at-face-value (also unmittelbar wortwörtlich, ohne »Umwege« über Interpretation und Allegorie) zu lesen ist. Dieses Primat des Literalismus ist allerdings keineswegs selbstevident. Der Literalismus ist nur eine von vielen hermeneutischen Methoden und muss als solche zunächst begründet werden. Wie jede halbwegs intellektuell aufrichtige Beschäftigung mit Theologie bald deutlich macht, ist der Literalismus historisch eine Minderheitenposition, die erst ab dem 18ten Jahrhundert, als Reaktion auf die naturwissenschaftliche Revolution an Momentum gewinnt.

Literatur

Gayatri Spivak – The Spivak Reader: Selected Works of Gayatri Chakravorty Spivak, New York 1996.

Terry Eagleton – Reason, Faith and Revolution: Reflections on the God Debate, Yale 2009.

Karl Marx – Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie: Einleitung

Friedrich Nietzsche – Zur Genealogie der Moral

Friedrich Nietzsche – Der Antichrist



Ist umfassender Tierschutz anthropozentrisch begründbar?

Die Vorwürfe tierrechtlicher Vereine, welche die moderne Massentierhaltung als unethisch verurteilen, sind hinlänglich bekannt – dennoch ändert sich nichts an der Situation der Tiere. Jonas Wagemann setzt daher wesentlich früher an – und fragt, ob sich eine Tierethik überhaupt anthropozentrisch begründen lässt.

Ein Artikel von Jonas Wagemann

Historischer Abriss traditioneller Ansätze

Seit Mitte der 70er Jahre kam durch das Werk des australischen Philosophen Peter Singer eine neue tierethische Debatte auf, die sich bis heute fortsetzt und Defiziten traditioneller Ansichten Rechnung zu tragen sucht. Der Mangel dieser traditionellen Ausführungen basiert auf ihren zumeist theologischen und/oder metaphysischen Begründungen, die dem Wissensstand der empirischen Wissenschaften nicht standhalten können. So haben die alten Denker bis in die Aufklärung hinein – von Aristoteles, über Augustinus und Thomas von Aquin, bis Immanuel Kant – eine hierarchische Struktur des weltlichen Lebens angenommen. Entweder aufgrund von menschlichen Alleinstellungsmerkmalen wie der Vernunft, die für die Einbeziehung in ethische Erwägungen als notwendige Voraussetzung angesehen wurden, oder aufgrund der Annahme, dass Tieren keine unsterbliche Seele zukomme, lehnte man es ab, Tieren Rechte und moralische Relevanz – und somit Menschen ihnen gegenüber Pflichten – zuzusprechen. Aufforderungen zur Unterlassung von Tierquälerei resultierten nur aus der Sorge um die moralische oder seelische Integrität des Handelnden – man befürchtete eine Verrohung durch unnötige Misshandlung von Tieren, sprach sich jedoch keinesfalls gegen ihre Tötung oder das Experimentieren an ihnen im Allgemeinen aus.

Auch der neue pathozentrische (páthos= Leid) Ansatz der englischen Utilitaristen änderte an dieser Legitimation der Nutzbarmachung und Tötung von Tieren nichts. Jeremy Bentham stellte zwar fest: »The question is not, can they reason? Nor, can they talk? But, can they suffer?«¹, und begründete damit das Leidargument für die Tierethik. Doch auch er sprach dem Menschen weitaus höhere moralische Relevanz zu, da er sich als einziges Lebewesen seiner Zukunft bewusst sei.

Hinsichtlich der Legitimation des Tötens von oder Experimentierens an Tieren erbrachte auch die Mitleidsethik Arthur Schopenhauers, die Tiere entsprechend ihrer Leidensfähigkeit in das Gebiet der Moral einbezog, keine revolutionäre Wende.

Nicht einer dieser weit über ihre Lebzeiten einflussreichen Gelehrten hat also nach der Feststellung, dass Tiere bezüglich ihrer Fähigkeiten vom Menschen zu unterscheiden seien, die Frage aufgeworfen, ob diese Unterscheidung ein hinreichender Grund für die Postulierung eines höheren Wertes für Menschen und die Ausbeutung und Tötung

der Tiere ist.

Erst seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert forderten insbesondere linke Intellektuelle einen Verzicht auf die Tötung und Ausbeutung von Tieren, indem sie ihnen generell den gleichen Wert zusprachen, wie dem Mensch.

Auch eine solche radikale Absage an den Anthropozentrismus kann jedoch praktischen Betrachtungen nicht standhalten, da hieraus der konsequente Schluss zu ziehen wäre, dass eine Abwägung zwischen dem Leben eines Tieres und dem eines Menschen – etwa in einer Gefahrensituation, in der zwischen beiden eine Entscheidung zu treffen ist – nicht möglich wäre. Mit der realistischen zu erwartenden intuitiven Entscheidung fast aller Menschen ist eine solche Konsequenz nicht vereinbar.

Die Zweckmäßigkeit einer anthropozentrischen Konzeption:

Ebenso unvereinbar mit der Lebensrealität eines Großteils der Menschheit erscheinen mir moderne Ansätze, die biozentrisch oder physiozentrisch argumentieren. Zwar haben hier zahlreiche Philosophen wie etwa Paul Taylor² und Angelika Krebs³ nachvollziehbare und anererkennungswürdige Theorien vorgelegt, doch müssen sie an dem Faktum scheitern, dass der Mensch als beeinflussbares Gemeinschaftswesen nicht immer nach der objektiven Nachvollziehbarkeit einer Ethik handelt.

Eine anthropozentrischer Ansatz wirbt nun normalerweise für eine klare Absage an umfassende Schutzrechte der Tiere, da er ja nur aus der menschlichen Interessensphäre heraus argumentiert. Er erscheint auf den ersten Blick also ebenfalls unpassend für ein tierrechtliches Plädoyer.

Jedoch soll im Folgenden gezeigt werden, dass es in einer anthropozentrischen Ausrichtung durchaus möglich ist, Rechte für Tiere einzufordern. Für eine solche Ethik, die ja auf Kategorien außerhalb menschlicher Begrifflichkeiten und seiner empfundenen Lebensrealität verzichtet, ist in der Praxis eine größere Anerkennungsbereitschaft – zumindest eines großen Teils der Menschheit – zu erwarten, als für bio- oder physiozentrische Ansätze.

Die Diskursethik von Jürgen Habermas

Die Grundlage des Habermas'schen Aufsatzes zur »Herausforderung der ökologischen Ethik für eine anthropozen-

trisch ansetzende Konzeption«⁴ ist die Feststellung, dass eine Normsetzung moralischer Prinzipien auf Kommunikation basiert. Die Menschen erheben also diejenigen Verhaltensregeln zur Pflicht, auf die sie sich durch gegenseitige Anerkennung verständigen können. Da nun Tiere, wenn auch asymmetrisch und auf andere Art und Weise, ebenfalls – etwa durch Laute – mit dem Menschen kommunizieren, weist er ihnen den Status aktiver Beteiligter an kommunikativen Vorgängen zu. Tiere interagieren also mit dem Menschen, der daher ihnen gegenüber moralische Verantwortung hat.

Auf Pflanzen oder ganze Spezies könne diese Verantwortung jedoch, entsprechend der ihnen nicht möglichen Kommunikation, nicht ausgeweitet werden.

Mit dieser Kommunikationstheorie meint Habermas das Problem der moralischen Gegenseitigkeit⁵ umgangen zu haben, indem er Tiere als aktiv Beteiligte pflichtsetzender Diskurse herausstellt. Darüber hinaus ist der diskurs-theoretische Ansatz von Habermas mit der menschlichen Intuition vereinbar. Denn diese unterscheidet den berechtigten Schutzanspruch der Tiere entsprechend unserer Nähe zu ihnen und berücksichtigt damit zweifellos vorhandene Unterschiede der emotionalen Verhältnisse zwischen Menschen und Tiere, die sich im jeweiligen Maß der Kommunikationsintensität widerspiegeln. Ein Haustier erscheint uns intuitiv schützenswerter zu sein, als ein Mastschwein, mit dem die Fleischesser unter uns für gewöhnlich erst nach seinem Ableben in Berührung kommen.

Kritik und erweiterter Ansatz

Bereits bei der vermeintlichen Aufhebung des Problems der moralischen Gegenseitigkeit begeht Habermas einen Fehlschluss. Die zweifellos korrekte Feststellung der Befähigung eines Tieres zur Mitteilung durch Laute und ähnliches ist keineswegs als Teilnahme an einem wechselseitigen Diskurs zwecks Normsetzung zu verstehen. Ein Tier mag seinen Bedürfnissen Ausdruck verleihen können, doch kann es die Anerkennung, die der Mensch ihm entgegnet und die für die Normsetzung entscheidend ist, keineswegs erwidern. Tiere sind also weiterhin von der moralischen Gegenseitigkeit ausgeschlossen und werden moralisch nur insofern berücksichtigt, wie der Mensch ihre einseitigen Mitteilungen zu verstehen und anzuerkennen bereit ist.

Darüber hinaus bringt der Ansatz schon ob der vermeintlichen Notwendigkeit der Befähigung eines Tieres zur Kommunikation ein Problem mit sich. Wenn ein Lebewesen nur dann moralische Relevanz erhält, wenn es an einem Diskurs beteiligt ist, wäre eine absurde Konsequenz zu fordern. Einem zur Interaktion nicht befähigten Menschen – etwa einem Demenz- oder Komapatienten – müsste man kein Recht auf schützende Behandlung zusprechen.

Durch einen anderen Ansatz lassen sich diese Probleme der Habermas'schen Konzeption lösen. Die Fragestellung für diesen Ansatz muss lauten:

Wie kann eine anthropozentrische Diskursethik Tieren und behinderten Menschen das Recht auf den Schutz durch den zum wechselseitigen Anerkennungsdiskurs befähigten Menschen zusprechen?

Zentral bei dem nun vorzunehmenden Ansatz ist der Begriff des Potentials. Der Schutzanspruch eines Demenzen lässt sich demnach auch ohne Teilhabe dieser Person am normsetzenden Diskurs erklären. Da jeder Teilnehmende in sich das Potential hat, selber einmal dement zu werden, muss er die Schutzbedürftigkeit eines jeden Demenzen anerkennen. Auch ein von Geburt an schwer behinderter Mensch stellt hier nur scheinbar einen Unterschied dar. Auch dieser Zustand ist im Potential eines jeden gesunden Diskursteilnehmers vorhanden. Zwar können diese freilich nicht mehr von Geburt an behindert werden, doch steht außer Frage, dass sie ein Unfall in die gleiche Lebenssituation bringen könnte, in der sich der von Geburt an schwer behinderte Mensch befindet. Die Diskursteilnehmer würden einer Vernachlässigung der behinderten Menschen als etablierte Umgangsform schon aus Eigennutz widersprechen. Somit ist auch der Schutz des Schwerstbehinderten durch die gegenseitige Anerkennung der potentiell schwer behinderten Diskursteilnehmer verbürgt. Gleiches gilt für Kleinkinder, die ebenfalls als Inhaber geringerer Fähigkeiten durch das Potential eines jeden Diskursteilnehmers, einmal schwerstbehindert zu sein, als Nichtbeteiligte des Diskurses geschützt sind.

Das Vorhandensein einer objektiven, moralischen Verantwortung der Menschen füreinander, unabhängig von der Befähigung zur Teilnahme an einem Diskurs der diese Verantwortung bestimmt, steht also außer Frage.

Doch wie verhält es sich mit der Verantwortung gegenüber Tieren? Können diese anthropozentrisch zu Objekten der menschlichen Moral erklärt werden?

Gewissermaßen besitzt der Mensch, entsprechend dem obigen Unfall-Argument, auch das Potential, einem Tier gleichgestellt zu sein, da er durch einen Unfall in einen geistigen Zustand verfallen kann, der durch den geistigen Zustand eines Tieres bezüglich Kommunikationsfähigkeit, Gehirnaktivität usw. sogar übertroffen wird. Tiere sind also durch unser Potential am normsetzenden Diskurs indirekt beteiligt und somit Objekte der menschlichen Moral.

Der menschliche Hang zu unreflektiertem Handeln – die Bedingung einer anthropozentrisch ansetzenden Moral

Angesichts der bei Habermas wichtigen menschlichen Intuition, ergibt sich auch für die obigen Feststellung ein Problem: Gegenüber einem vergleichsweise schlauen Tier, etwa einem Schwein, hätte der Mensch nach der oben vorgenommenen Argumentation eindeutig eine moralische Verantwortung. Doch wie ist zu erklären, dass die moralische Intuition des Menschen, zumindest der Fleisch-Esser, dieses Tier nicht als schutzbedürftig ansieht?

Bei der Aufarbeitung dieses Problems ist zuallererst klarzustellen, dass es überhaupt keine Notwendigkeit gibt, eine normative Pflicht durch die menschliche Intuition zu bestätigen. Intuition ist individuell unterschiedlich. Sie ist also diejenige Handlungsgrundlage, deren mögliche moralische Defizite mittels einer Normsetzung durch Interaktion korrigiert werden. Die Intuition der Menschen ist abhängig von historischen Veränderungen der Gesellschaft und sozialen Wechselwirkungen. Während Schwarze zur Zeit des Kolonialismus und Imperialismus im Westen intuitiv als minderwertig wahrgenommen und dementsprechend behandelt wurden, sagt die Intuition, zumindest einem Großteil der Bürger in modernen westlichen Gesellschaften, dass alle Menschen, gleich welcher Rasse, den gleichen Wert besitzen.

Auch der Fleischkonsum ist unter diesem Aspekt zu betrachten und könnte mit der Zeit flächendeckend als moralisch falsch bewertet werden, sofern alle Fleischesser einen solchen Diskurs mit Anderen oder in den eigenen Gedanken (nach-)vollziehen. Der Schutz von Tieren durch den Menschen ist also moralisch notwendig, jedoch bisher nicht in das intuitive Wesen eines jeden vorgedrungen.

Dabei ist freilich entsprechend der Leidensfähigkeit eines Lebewesens zu unterscheiden.

Ob und bei welchen Tierarten diese Verpflichtung des Menschen endet ist nicht eindeutig zu klären. Hier eine eindeutige Grenze zu ziehen scheint unmöglich und kann nur annäherungsweise und interdisziplinär, durch die Kombination geisteswissenschaftlicher Erwägungen mit naturwissenschaftlichen Erkenntnissen, geschehen, um sicher zu stellen, dass keinem zum Leid befähigten Organismus eben dieses ohne triftigen Grund, etwa Selbstverteidigung, zugefügt wird.

Im Sinne des Potential-Begriffs muss den Diskursteilnehmern, also uns allen, allerdings der Konsum von höheren Säugetieren, deren physische und psychische Schmerzfähigkeit außer Frage steht, konsequenterweise als moralisches Makel erscheinen, handelt es sich doch bei uns Menschen der sogenannten ersten Welt nicht um solche die auf tierische Ernährung angewiesen sind.

Ähnlich wie in der ökonomischen Verteilungsfrage die Unmöglichkeit der Festlegung einer universell gerechten Verteilung nicht bedeutet, dass existierende Ungleichheiten nicht als ungerecht definiert werden können, so kann auch die Unmöglichkeit eine Grenzziehung zwischen Tieren in Bezug auf ihre Recht auf moralische Berücksichtigung nicht darüber hinwegtäuschen, dass die etablierte Massentierhaltung diese nicht exakt definierbare Grenze längst überschritten hat.

Fußnoten

- 1) Bentham, Jeremy: An Introduction to the Principles of Morals an Legislation, Oxford 1789, Kap.17, Abschnitt 1, § 4, Anm.

- 2) Taylor, Paul W.: Die Ethik der Achtung gegenüber der Natur, in: Naturethik, A. Krebs (Hg.), Frankfurt 1997, S.111-143.
- 3) Krebs, Angelika: »Ich würde mitunter gerne aus dem Hause tretend ein paar Bäume sehen«. Philosophische Überlegungen zum Eigenwert der Natur, in: Naturschutz – Ethik – Ökonomie, Nutzinger (Hg.), Metropolis 1996, S.31-48.
- 4) Habermas, Jürgen: Die Herausforderung der ökologischen Ethik für eine anthropozentrisch ansetzende Konzeption, in: Naturethik, Krebs (Hg.), Frankfurt 1997, S.92-99.
- 5) Ein Tier kann sich dem Menschen gegenüber nicht in gleichem rationalen Sinne moralisch verhalten wie umgekehrt.

Literatur

Birnbacher, Dieter: Sind wir für die Natur verantwortlich?, in: Birnbacher(Hg.), Ökologie und Ethik, Stuttgart 1980, S.103-139.

Bentham, Jeremy: An Introduction to the Principles of Morals an Legislation, Oxford 1789, auf: <http://www.econlib.org/library/Bentham/bnthPML.html>, zuletzt besucht am 06.08.2014.

Krebs, Angelika: »Ich würde mitunter gerne aus dem Hause tretend ein paar Bäume sehen«. Philosophische Überlegungen zum Eigenwert der Natur, in: Naturschutz – Ethik – Ökonomie, Nutzinger (Hg.), Metropolis 1996, S.31-48.

Schmitz, Friederike: Tierethik – eine Einführung, in: Tierethik. Grundlagentexte, Schmitz(Hg.), Berlin 2014, S.13-74.

Singer, Peter: Not for Humans Only: The Olace of Nonhumans n Envirnmental Issues, in: Light/Rolston(Hg.), Environmental Ethics, Blackwell 2003, S.55-64.

Taylor, Paul W.: Die Ethik der Achtung gegenüber der Natur, in: Naturethik, A. Krebs (Hg.), Frankfurt 1997, S.111-143.

Habermas, Jürgen: Die Herausforderung der ökologischen Ethik für eine anthropozentrisch ansetzende Konzeption, in: Naturethik, Krebs (Hg.), Frankfurt 1997, S.92-99.

Politik



In diesem Ressort werden das Wahlprogramm der AfD, die Rente mit 63, die europäische Integration und deutsche Waffenexporte genauer unter die Lupe genommen.



Die Alternative für Deutschland — Eine rechtspopulistische Partei?

Im Mai 2014 ist die AfD in das Europäische Parlament eingezogen und wurde dort in die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten aufgenommen. Aber ist die AfD eine rechtspopulistische Partei? Welche Kriterien einer rechtspopulistischen Partei erfüllt sie?

Ein Artikel von Frederic Quink

Mit dem Einzug in das Europäische Parlament und der Aufnahme in die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) konnte sich die Alternative für Deutschland (AfD) auf europäischer Ebene etablieren. 7,1 Prozent beziehungsweise etwa 2 Millionen Stimmen reichten, um aus dem Stand ebenso gut abzuschneiden wie die Linkspartei. Von Vorteil war für die AfD die niedrige Wahlbeteiligung von 48,1 Prozent. So konnte sie mit derselben Stimmenanzahl, mit der sie noch bei der Bundestagswahl im September 2013 an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, ins Europaparlament einziehen. Weitere Mitglieder der EKR-Fraktion im Europaparlament sind unter anderem die rechtspopulistische Dänische Volkspartei sowie die Partei Die Finnen.

Aus diesem Grund ist die Frage legitim, ob die AfD ebenfalls eine rechtspopulistische Partei ist. Eine einheitliche wissenschaftliche Definition gibt es weder für den Begriff Populismus noch für den Rechtspopulismus. Laut Bundeszentrale für politische Bildung bezeichnet Populismus »eine Politik, die sich volksnah gibt, die Emotionen, Vorurteile und Ängste der Bevölkerung für eigene Zwecke nutzt und vermeintlich einfache und klare Lösungen für politische Probleme anbietet«. Im Lexikon der Politikwissenschaft steht geschrieben, Populismus sei ein »mehrdeutig verwendeter Begriff extrem unterschiedlicher Bewertung. Er dient allgemein als Bezeichnung für eine negativ bewertete Politik, die sich in der Gier nach Zustimmung von Seiten des Volkes demagogischer Parolen bedient, dem Volke nach dem Munde redet, an Instinkte appelliert und einfache Lösungen propagiert sowie verantwortungsethische Gesichtspunkte weitestgehend außer Acht lässt. Positiv bewertet eine Politik, die die Probleme der kleinen Leute ernst nimmt, sie artikuliert und sich in direkter Kommunikation mit dem Volk vollzieht.«

Der Politikwissenschaftler Cas Mudde unterscheidet zwischen sozialem Populismus, den er als linken Populismus bezeichnet, da dieser Sozialismus und Populismus kombiniert und auf der anderen Seite, dem rechten Flügel, dem neo-liberalen Populismus, den er eine Kombination aus ökonomischen Liberalismus und Populismus nennt (vgl. Mudde 2000: 29). Rechtspopulismus ist laut Mudde eine »core ideology that includes a combination of (at least) nativism, authoritarianism and populism« (Mudde 2013: 3). Einer der wichtigsten Faktoren für Rechtspopulismus ist für Mudde der Nativismus, den er definiert als »an ideology that holds that states should be inhabited exclusively by members of the native group («the nation»

and that non-native elements (persons and ideas) are fundamentally threatening to the homogenous nation-state« (Mudde 2007: 22). Schedler stellt fest, dass Rechtspopulismus mit vielen Anti-Haltungen verbunden ist. So nennt er Haltungen wie anti-elitär, anti-modern, anti-industriell, anti-staatlich, ausländerfeindlich, anti-intellektuell sowie eine Grundhaltung gegen Minderheiten (vgl. Schedler 1996 : 3).

Nun stellt sich die Frage, ob man die AfD aus program-matischer Sicht als rechtspopulistische Partei bezeichnen kann. Dazu ist es notwendig sich mit dem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 und dem Europawahlprogramm 2014 auseinanderzusetzen.

Das Wahlprogramm für die Bundestagswahl, beschlossen auf dem Gründungsparteitag, gliedert sich in die acht Politikfelder Währungspolitik, Europapolitik, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Staatsfinanzen und Steuern, Alterssicherung und Familie, Bildung, Energiepolitik sowie Integrationspolitik. Es ist jedoch lediglich zwei Seiten lang. Der meiste Platz wird mit 21 Prozent dem Politikfeld Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gewidmet, 20 Prozent des Wahlprogramms beinhaltet das Themenfeld der Währungspolitik. Zum Thema Integrationspolitik finden sich nur drei kurze Absätze mit 49 Wörtern. Das sind lediglich 6 Prozent des Wahlprogramms.

Im Vergleich dazu fällt das Wahlprogramm für die Wahl zum Europäischen Parlament mit 25 Seiten erheblich umfassender aus. Das ermöglicht, dass diesmal mehr Themengebiete abgedeckt werden können. Das größte Themenfeld ist mit 24 Prozent die Finanzpolitik, gefolgt vom Demokratieverständnis mit 13 Prozent.

Insgesamt fällt es nicht leicht das Wahlprogramm für die Bundestagswahl umfassend zu bewerten, da es fast ausschließlich aus Allgemeinsätzen besteht, aus denen man schwer eine wirkliche politische Position herauslesen kann. Diese Ergebnisse werden unterstützt von einer Studie der Heinrich Böll Stiftung, die zu demselben Ergebnis gekommen ist. »Aus der äußerst kurz gehaltenen Programmatik lassen sich keine dezidierten Rückschlüsse hinsichtlich einer rechtspopulistischen Ausrichtung ableiten« (Häusler 2013: 41).

Das Programm zur Europawahl gibt bereits mehr Aufschlüsse über die politische Verortung der AfD. Bereits im ersten Satz wird ein europäischer Bundesstaat abgelehnt, da es nach Ansicht der AfD weder eine europäische Nation, noch ein europäisches Staatsvolk gibt. Auch den Euro lehnt die Partei ab: »Wir fordern eine geordnete Auflösung des

Euro-Währungsgebietes. Deutschland braucht den Euro nicht. Anderen Ländern schadet der Euro«. Zuwanderung wird von der AfD grundsätzlich befürwortet, jedoch nur wenn es sich um qualifizierte Zuwanderung handelt. Mit ihren Forderungen impliziert die AfD, dass Zuwanderer, die nach Deutschland kommen dies nur tun, um das Deutsche Sozialsystem auszunutzen und daraus einen Vorteil zu ziehen. Dies spiegelt sich vor allem in den Aussagen »Leistungslose Einkommen dürfen weder Anreize zu verstärkter Zuwanderung setzen noch die Suche nach bezahlter Arbeit unattraktiv machen.« sowie »Die Niederlassungsfreiheit darf nicht durch Scheinselbstständigkeitsmissbrauch dazu missbraucht werden, Anrechte auf Sozialleistungen zu erlangen« (AfD Wahlprogramm 2014: 15).

Diese Aussagen sind als populistisch einzustufen, da nach europäischem Recht nur arbeitende EU-Ausländer ein Recht auf Sozialleistungen haben. Sozialhilfe beantragen können EU-Ausländer erst nach fünf Jahren Aufenthalt und im Falle eines Missbrauchs können sie ausgewiesen werden. Insgesamt gesehen ist die Zuwanderungspolitik der AfD integrationsfeindlich ausgelegt.

Es kann also festgestellt werden, dass man die AfD zumindest anhand ihrer Wahlprogramme nicht zweifelsfrei in die Parteifamilie der Rechtspopulisten einordnen kann, auch wenn verschiedene Kriterien erfüllt werden. Für eine umfassende Bewertung spielen jedoch weitere Faktoren eine ebenfalls wichtige Rolle, wie Wahlplakate, das öffentliche Auftreten der Parteipolitiker und die Äußerungen derselben auf Parteitag und bei öffentlichen Reden. Das prominenteste Beispiel hierfür ist sicher das AfD Wahlplakat mit dem Slogan »Wir sind nicht das Sozialamt der Welt«, während die NPD auf ihren Plakaten zeitgleich warb mit »Wir sind nicht das Weltsozialamt«. Die Europaparlamentarierin Beatrix von Storch ist mit folgender Aussage aufgefallen: »Demokratie heißt Herrschaft des Volkes. Demokratie erfordert ein Volk und eine Öffentlichkeit zur Kontrolle der Regierung. Es gibt kein europäisches Volk und keine europäische Öffentlichkeit.« Schon auf dem Gründungsparteitag sagte Pressesprecher Konrad Adam: »Wenn unsere Volksvertreter ihre Aufgabe darin sehen, das Volk zu entmündigen, sollten wir selbstbewusst genug sein, den Vorwurf des Populismus als Auszeichnung zu betrachten.«

Letztlich muss abgewartet werden, in welche Richtung sich die AfD entwickeln wird. Im Herbst 2014 finden in den drei ostdeutschen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg Landtagswahlen statt. Dort wird sich zeigen, ob sich die AfD auch in den Bundesländern als neue politische Kraft etablieren kann und ob sie den Weg des Rechtspopulismus wählt. Einen ersten Einblick verschafft das Wahlprogramm der AfD Thüringen. Dort heißt es: »Die Gender-Ideologie steht sowohl im Widerspruch zu den Ergebnissen der Naturwissenschaft und Entwicklungspsychologie als auch zur Lebenserfahrung. Die andauernden Bestrebungen sie über demokratisch nicht legitimierte in-

ternationale Organisationen zu implementieren, sollten sowohl im Interesse der Sache als auch der Demokratie unterbunden werden.«

Literatur

Häusler, Alexander (2013) Die »Alternative für Deutschland« – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Mudde, Cas(2000): The Ideologie of the Extreme Right. Manchester: Manchester University Press.

Mudde, Cas(2007): Populist radical right parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Mudde, C. (2013). Three decades of populist radical right parties in Western Europe: So what? European Journal of Political Research. 52(1): 1-19

Nohlen, Dieter, (Hrsg.) und Schultze, Rainer-Olaf, (Hrsg.) (2010), Lexikon der Politikwissenschaft : Theorien, Methoden, Begriffe / N - Z . 4. aktualisierte und erw. Aufl., München

Schedler, Andreas (1996): Anti-Political Establishment-Parties. In: Party Politics, 2(3), 211–312.

Programm der Alternative für Deutschland (AfD)

für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, online abrufbar unter:

<http://alternatiefuer.de/wp-content/uploads/2014/04/Europaprogramm-der-AfD1.pdf>

Wahlprogramm der Alternative für Deutschland, Parteitagsbeschluss 14.04.2013, online abrufbar unter: https://www.alternatiefuer.de/wp-content/uploads/2014/07/AfD_Wahlprogramm-BTW-2013-kurz.pdf

Wahlprogramm der Alternative für Deutschland in Thüringen Zur Landtagswahl am 14. September 2014, online abrufbar unter: http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thueringen_-_Wahlprogramm.pdf



Deutsche Doppelmoral bei Waffenexporten?

Die Deutsche Rüstungsindustrie boomt und deutsche Waffen gelten als Qualitätsprodukte. Doch ist dies in Anbetracht unserer Geschichte zu rechtfertigen? Und welche Verbindungen hat diese Industrie in die deutsche Politik?

Ein Artikel von Joshua Bung

Panzer in Katar, Pistolen in Kolumbien und Sturmgewehre in Saudi-Arabien – Waffenexporte als Aushängeschild deutscher Qualitätsarbeit? Die Zahlen sprechen dafür. Doch damit nicht genug: Thomas de Maizière fordert vor dem Bundesverfassungsgericht die Geheimhaltung der von der Bundesregierung genehmigten Waffenlieferungen, Sigmar Gabriels Vorschlag für eine Beschränkung neuer Rüstungsexporte sorgt für eine Arbeitsplatzdiskussion seitens der Waffenindustrie und ausgerechnet der ehemalige Entwicklungsminister Dirk Niebel wird ab Januar 2015 neuer Berater des Rüstungskonzerns Rheinmetall.

Ist es moralisch vertretbar, dass ausgerechnet Deutschland – hauptverantwortlich für zwei Weltkriege – hinter den USA und Russland als drittgrößter Exporteur für Waffen und Rüstungsmittel auftritt? Die Regierung ist sich nicht einig. Ähnlich sieht es in der Bevölkerung aus. Die einen verweisen auf die vermeintliche Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von der Rüstungsindustrie, die anderen sehen die Glaubwürdigkeit eines Landes gefährdet, das sich auch aufgrund seiner Vergangenheit in Zukunft der Diplomatie und dem Frieden widmen sollte.

Waffenexporte in Krisengebiete definitiv verboten

In einem Punkt ist sich zumindest die Bundesregierung einig: Illegale Waffenexporte in Krisengebiete sind verboten. Rüstungskonzerne wie die SIG Sauer oder Heckler & Koch haben sich mit Lieferungen nach Kolumbien und Mexiko schuldig gemacht und wurden dementsprechend öffentlich von der Regierung gescholten. Nun drängt sich natürlich die Frage auf, inwiefern sich private Rüstungsunternehmen tatsächlich von der Bundesregierung unabhängig gemacht haben können. Wäre ein solches Szenario überhaupt möglich?

Die Abwicklung eines Waffengeschäfts hat folgende Schritte zu durchlaufen: Alles beginnt mit einer konkreten Anfrage des Empfängerlandes bei einem ausgewählten Rüstungsunternehmen. Jenes Rüstungsunternehmen stellt anschließend einen Antrag auf Bewilligung beim Bundeswirtschaftsministerium, das zusammen mit dem Auswärtigen Amt bereits einen Beschluss fassen kann. In heiklen Fällen stimmt der Bundessicherheitsrat, bestehend aus Kanzler, Vize-Kanzler, Bundeskanzleramtschef, Finanz-, Außen-, Innen-, Justiz-, Verteidigungs- und Entwicklungsminister über das jeweilige Geschäft ab. Das Ergebnis die-

ser Abstimmung wird in den meisten Fällen nicht an die Öffentlichkeit weitergegeben, nicht einmal der Bundestag wird darüber in Kenntnis gesetzt.

SIG Sauer und Heckler & Koch in der Kritik

Welche Rolle spielte die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung also bei den illegalen Waffengeschäften der SIG Sauer und Heckler & Koch? Im Fall SIG Sauer trifft die Politik scheinbar keine Schuld. Von 2009 bis 2012 hat das Unternehmen illegal Pistolen nach Kolumbien geliefert. Darüber wurde die Bundesregierung allerdings nicht korrekt informiert, stattdessen behauptete die SIG Sauer, es handle sich bei den Exporten um Zivilwaffen für die USA. Das Prekäre an der Situation: Die betreffenden Unterlagen wurden tatsächlich scheinbar wissentlich von US-Behörden abgestempelt, die sich damit eigentlich eines Verbrechens schuldig gemacht haben. Das Ergebnis: Die Waffenlieferungen nach Kolumbien werden im Jahr 2012 durch die Bundesregierung unterbunden, nicht aber die Exporte in die USA, obwohl hier nach deutschem Gesetz Sanktionen nötig gewesen wären. Zumindest eine gewisse Inkonsequenz in Bezug auf illegale Waffengeschäfte ist der damaligen Bundesregierung also vorzuwerfen.

Die Ermittlungen zu den illegalen Waffenlieferungen des Rüstungskonzerns Heckler & Koch nach Mexiko laufen bereits seit 2010 und sind bis heute nicht abgeschlossen. Das Unternehmen behauptet, es habe grundsätzlich keinen Einfluss auf die Waffenausgabe und sei lediglich in der Rolle des Lieferanten tätig. Interessanterweise haben nachweislich ausgewählte politische Amtsträger im Vorfeld der zweifelhaften Exporte Parteispenden über mehrere Tausend Euro erhalten. Diese sollen jedoch nach Aussage von Heckler & Koch keine Auswirkungen auf die Waffenlieferungen gehabt haben.

Fragwürdige Panzerlieferungen

Die illegalen Rüstungsexporte der SIG Sauer und Heckler & Koch – zwei Fälle, in denen der Bundesregierung demnach scheinbar keine Rolle gespielt zu haben scheint. Ist die Politik also vom Vorwurf der Doppelmoral bezüglich der Waffenexporte in Krisengebiete freizusprechen? Mitnichten! So wurden beispielsweise die Panzerlieferungen nach Katar unmissverständlich von der Bundesregierung abgesegnet. Rund 200 Leopard-2-Panzer sollten 2013 eigentlich nach Katar geliefert werden, ein Land, das die Re-

bellens in Syrien bis heute bekanntermaßen mit Waffen versorgt. Der öffentliche Protest war groß, der Geschäftssinn der schwarz-gelben Regierung war größer. Der geheime Beschluss des Bundessicherheitsrates erfolgte 2012, ein Jahr später wurden 62 Leopard-2-Panzer und weitere Waffen der Firma Krauss-Maffei Wegmann nach Katar geliefert, ein Geschäft von rund 1,9 Milliarden Euro, das zudem eindeutig gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstieß.

Dass letztendlich nicht die von Katar geforderten 200, sondern nur 62 Panzer geliefert wurden, ist wohl dem öffentlichen Druck in Deutschland zu verdanken gewesen. Die Regierung plante im Anschluss sogar ein weiteres Geschäft. 270 Leopard-2-Panzer sollten nach Saudi-Arabien geliefert werden. Diesmal legte der amtierende Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel jedoch sein Veto ein. Es war ein erstes Veto, dem bis heute noch viele folgen sollten. Deshalb wurde er unter anderem von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, der offensichtlich um die Einnahmen aus der Waffenindustrie bangt, scharf kritisiert.

Arrangierte Treffen von Diplomaten und Rüstungsvertretern

Generell scheint die schwarz-gelbe Bundesregierung bis zu ihrem Ende 2013 eine sehr offensive Exportpolitik bezüglich heikler Waffenlieferungen betrieben zu haben. Nach Informationen der Sendung Kontraste sollen sich 2013 insgesamt 60 Militärattachés im Kloster Marienthal an der Ahr mit Rüstungsvertretern verschiedener Waffenkonzerne getroffen haben. Eingeladen hatte die »Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik«. Mitfinanziert wurde die Veranstaltung durch das Bundesfinanzministerium. Ziel sei eigentlich die Präsentation ziviler Waffen gewesen, tatsächlich wurden jedoch militärische Rüstungsmittel vorgeführt. Die 60 eingeladenen Attachés sollten diese im Anschluss im Ausland bewerben und auf diese Weise die Nachfrage an deutschen Waffenexporten steigern. Ein solches Vorgehen war jahrelang gesetzlich verboten. Das jedoch änderte sich 2010 – angeblich durch eine Geheimanweisung der Regierung.

Waffengeschäfte finden grundsätzlich im Verborgenen statt und werden vor der Öffentlichkeit zumeist geheim gehalten. Dagegen klagten im April 2014 die Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele, Claudia Roth und Katja Keul vor dem Bundesverfassungsgericht. In der anschließenden mündlichen Verhandlung setzte sich Innenminister Thomas de Maizière unmissverständlich für eine strenge Geheimhaltung der deutschen Rüstungsexporte ein. Die Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen dürften nicht gefährdet werden. Die Öffentlichkeit solle nur zweimal im Jahr, der Bundestag binnen 14 Tagen nach dem Beschluss eines Waffenexports informiert werden. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel sprach sich dafür aus, den Bundestag bereits nach der Voranfrage eines jeweiligen

Rüstungsunternehmens über ein mögliches Waffengeschäft zu informieren. Ein Urteil steht noch aus.

Waffenindustrie setzt Politik unter Druck

Allerdings ist auch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel nicht ganz unschuldig an der hohen Anzahl der Waffenexporte der Bundesregierung. In den ersten Monaten seiner Amtszeit soll er Lieferungen im Wert von 1,2 Milliarden Euro genehmigt haben. Dies geht aus einem Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums an den Linken-Abgeordneten Jan van Aken am 15. Mai hervor. Wem kann man also überhaupt noch trauen?

Um der Fairness Genüge zu tun, muss man natürlich sagen, dass der Job des Bundeswirtschaftsministers wahrlich kein Vergnügen ist. Mittlerweile hat Sigmar Gabriel einige heikle Waffenexporte abgelehnt, was ihn in der Rüstungsindustrie nicht besonders viele Freunde eingebracht hat. Jüngst wurde er vom Waffenkonzern Cassidian Optronics unter Druck gesetzt. Dessen Betriebsratsvorsitzender Peter Hartel sieht in Anbetracht der mangelnden Auftragslage in Deutschland die Gefahr eines drohenden Stellenabbaus, weshalb er Sigmar Gabriel mit einer Verlagerung des Unternehmens ins Ausland drohte. Angeblich liege ein Angebot aus Belgien vor, das gerne Panzertürme nach Saudi-Arabien exportieren würde. Bundeswirtschaftsminister Gabriel entschied sich daraufhin, die Gespräche mit Peter Hartel von der Cassidian Optronics GmbH abubrechen. Die Union hat zu diesem Fall noch keine Position bezogen und verhält sich wie so oft abwartend und zurückhaltend.

Geschäft mit dem Krieg

Natürlich weiß die Union und selbstverständlich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel um die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Rüstungsindustrie. 2013 spülten die deutschen Waffenexporte laut dem Rüstungsbericht der Bundesregierung über 5,8 Milliarden Euro in die Staatskasse, das sind fast 25 Prozent mehr als noch 2012. Die ehemalige schwarz-gelbe Regierung hat »gute« Arbeit geleistet. Bedauerlicherweise machen ausgerechnet jene Waffenexporte in Krisengebiete wie Katar, Algerien, Saudi-Arabien und Indonesien mit 62 Prozent den Löwenanteil der deutschen Lieferungen aus. Eine Bilanz, die unweigerlich zum Fremdschämen einlädt.

Ohne Frage, die Rüstungsindustrie ist für Deutschland bei einem jährlichen Umsatz von 12 bis 17 Milliarden Euro von großer wirtschaftlicher Bedeutung und es ist ebenso Fakt, dass eben jene Unternehmen zu einem Anteil von bis zu 80 Prozent von Exporten ins Ausland abhängig sind. Aber muss deshalb eine moralische Grenze überschritten werden, indem man todbringende Waffen ausgerechnet in Krisengebiete liefert, in denen auch Kinder täglich damit rechnen müssen, durch ein Sturmgewehr oder eine Granate getötet zu werden? Deutschland sollte auf solche Gräueltaten verzichten.

Alternativen zum Waffengeschäft

Darüber hinaus wird der wirtschaftliche Nutzen von Waffenexporten überschätzt. So stellen einige Unternehmen der Rüstungsindustrie beispielsweise auch zivile Produkte her, wie der Fall Airbus zeigt. Warum investiert man nicht einfach in friedensbringende Produkte, welche den Krisengebieten zu wirtschaftlichem Aufschwung verhelfen? Wahrscheinlich liegt es daran, dass das Geschäft mit Waffen und anderen Rüstungsmitteln deutlich rentabler ist, da es auch in Zukunft immer Konflikte geben wird. Die Nachfrage ist demnach gesichert.

Leider scheinen viele deutsche Politiker ihre moralische Verantwortung nicht zu kennen. Vielleicht fehlt ihnen das notwendige moralische Empfinden auch gänzlich. Wie ist es sonst zu erklären, dass ausgerechnet der ehemalige Entwicklungsminister Dirk Niebel ab 2015 als Berater beim Rüstungskonzern Rheinmetall arbeitet? Ein Mann, der sich ehemals um den sozialen und strukturellen Aufbau von Krisengebieten kümmern sollte, sorgt nun dafür, dass ebendiese wohl für immer Krisengebiete bleiben werden. Ein klarer Fall von deutscher Doppelmoral!

Weiterführende Links

<http://www.sueddeutsche.de/politik/waffen-exporte-ausfuhrstopp-fuer-waffenexporteur-sig-sauer-1.2045032>

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/heckler-koch-unter-bestechungsverdacht-waffenlieferung-gegenparteispende-1.1192694>

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/heckler-koch-bestechungsverdacht-bei-waffenhersteller-11531066.html>

<http://www.swr.de/report/wie-heckler-koch-politische-landschaftspflege-betreibt-waffengeschaefte-fuer-parteispenden/-/id=233454/did=8940914/nid=233454/h1vrtk/>

<http://www.tagesschau.de/inland/ruestungsexporte-104.html>

<http://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-05-09-2013/deutsche-diplomaten-werben-fuer-waffenexporte-nach-mexiko.html>

http://www.tagesschau.de/ausland/ruestungsexportefaq100~_origin-d86b4d69-d9ef-4ccf-8815-30c675767a1d.html

<http://www.tagesschau.de/inland/niebel-rheinmetall-100.html>

<http://www.mdr.de/nachrichten/gabriel-waffenexporte100.html>

<http://www.tagesschau.de/inland/waffenexport104.html>

<http://www.tagesschau.de/inland/verhandlung-ruestungsexporte102.html>

<http://www.tagesschau.de/inland/panzergeschaeft102.html>

<http://www.tagesschau.de/ausland/ruestungsexportkatar-100.html>

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/ruestung128.html>

<http://www.mdr.de/mdr-info/ruestungsexporte102.html>

<http://www.tagesschau.de/inland/ruestung-102.pdf>



Schafft die Rente mit 63 Gerechtigkeit?

Frau Nahles behauptet mit der Rente 63 mehr Gerechtigkeit zu schaffen für diejenigen unter uns, die seit 45 Jahren in die Rentenkasse eingezahlt haben. Doch ist es gerecht, in einer immer älter werdenden Gesellschaft den Bürgern die Möglichkeit zu geben, früher in die Rente zu gehen, während gleichzeitig weniger junge Menschen das System durch ihre Beiträge stützen?

Ein Artikel von Lukas Kamps

Das Rentensystem beruht auf dem Prinzip des Generationenvertrags, in dem die Jüngeren durch ihre Beiträge für das Rentensystem die jetzigen Rentner finanzieren, so wie diese es vorher für die vorherige Rentnergeneration gemacht haben. Dadurch wurde die Last möglichst gerecht verteilt. Der demografische Wandel lässt nun jedoch dieses System immer brüchiger werden, da die Finanzierung durch Steuern schon zusätzlich subventioniert werden muss.

Durch Einführung der Rente mit 67 vor ein paar Jahren hat man versucht, diesen Wandel etwas abzumildern. Dieses System wird nun durch die Rente 63 ausgehebelt, sagen die Kritiker der Reform. Um die Reform und ihre Intention verstehen zu können, muss man sich das Finanzierungskonzept und die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Rente 63 durch mögliche Rentner genauer angucken.

Die Hintergründe

Um die Rente 63 beantragen zu können, muss man zwischen 1950-1952 geboren sein. Wenn man älter ist, kann man sofort in die Rente gehen. Für die jüngeren Jahrgänge kommen pro Jahr 2 weitere Monate hinzu, die man arbeiten muss. Eine weitere Voraussetzung sind 45 Jahre, in denen man Beiträge für die Sozialkassen und damit der Rentenkasse gezahlt hat. Hinzu kommen noch ein paar Extraregelungen für Langzeitarbeitslose, Eltern die Elternzeit in Anspruch genommen haben und Personen, die andere Familienmitglieder zuhause gepflegt haben. All diese Kriterien führen dazu, dass ein erheblicher Teil der infrage kommenden Menschen wieder aus dem Raster fallen, da 45 Jahre Arbeit ohne eine zwischenzeitige Arbeitslosigkeit zur heutigen Zeit ein selten gewordenes Phänomen sind. Sollte bei Arbeitslosigkeit nur Arbeitslosengeld I ausgezahlt worden sein, so kann diese Zeit auch angerechnet werden. Eine Flut von neuen Rentnern kann ausgeschlossen werden. Die Rente 63 ist vor diesem Hintergrund sicherlich ein bisschen überspitzt als das Einfallstor, durch das jetzt hunderttausende Antragssteller Rente erlangen, beschrieben worden. Von diesen 3 Jahrgängen muss erstmal geprüft werden, in wie weit die Antragsteller die Voraussetzungen erfüllen. Aus politischer Sicht ist zu erwähnen, dass die SPD nach dem Debakel der ersten großen Koalition mit der CDU von 2005-2009 nicht wieder sang und klanglos untergehen möchte und mit dieser Reform eigene Akzente setzen wollte. Aus ihrer Sicht war es der Versuch, sich wieder als die Partei darstellen zu kön-

nen, die auf die Bedürfnisse der kleinen Leute eingeht und sich um diese kümmert. In gewisser Weise ist diese Reform genau das Gegenstück zu der Rente 67 die von der SPD und CDU 2007 eingeführt wurde. Vor dem Hintergrund des Wahldebakels von 2009 mit nur 23 % für die SPD sollte für die jetzigen Bundesbürger sichtbar sein, dass die SPD ihre Ziele auch durchsetzen kann.

Die Folgen für die BeitragszahlerInnen

Nun stellt sich die Frage, ob diese Strategie ein teures erkaufte Wahlgeschenk für die jetzige und nachfolgende Beitragszahler-Generationen ist. Laut den prognostizierten Zahlen der Bundesregierung wird es zu Mehrbelastungen von bis zu 60 Milliarden Euro allein bis 2020 und bis zu 160 Milliarden Euro insgesamt im Jahr 2030 kommen. Diese Summen sind sehr hoch und man fragt sich, wie man diese Geldbeträge stemmen kann, ohne die Beitragssätze für die Rentenkasse zu erhöhen und damit die Mehrkosten auf die jetzige Generation umzuwälzen. Zwar hat sich die Rentenkasse ein finanzielles Polster von 31 Milliarden Euro geschaffen, jedoch wird dieser Geldbetrag in Anbetracht der Kosten sehr schnell aufgebraucht sein. In ihren Berechnungen hat die Regierung schon eine Erhöhung der Beitragsgrenze für die Rentenkasse von jetzt 18,9 % auf 19,7 % im Jahre 2019 und im Jahr 2030 auf 22 % beschlossen.

Das finanzielle Polster was jetzt vorhanden ist, sollte eigentlich dazu genutzt werden, die Beitragsgrenze von 18,9 % auf 18,3 % im letzten Jahr zu senken. Diese Senkung hat die Bundesregierung verhindert, um die jetzige Reform zu bezahlen. Wenn man sich vor Augen führt, dass die Beitragsgrenze bis 2018 stabil bleiben und erst ab 2019 steigen soll, sieht diese Reform sehr nach einem Wahlgeschenk aus, denn die nächste Wahl findet voraussichtlich 2018 statt. Wenn man dann die Pläne der Bundesregierung zu der Steigung der Beitragsgrenze erneut betrachtet, wirkt das ein sehr schlechtes Licht auf die Reform. Auf der anderen Seite möchten beide Parteien ab 2018 sicherlich wieder die Regierungsverantwortung ohne den jeweils anderen übernehmen und werden daher mit den Folgen dieser Reform leben müssen.

Die Folgen für den Bundeshaushalt

Ein weiterer bedeutender finanzieller Aspekt ist noch die steuerliche Subventionierung dieser Reform, denn trotz der geplanten Anhebung der Beitragsgrenzen für die Rentenkasse, werden diese Mehreinnahmen nicht reichen, um diese Reform zu finanzieren, so dass der Bund mit Steuern

beispringen muss. Hier plant der Bund die steuerlichen Zuschüsse im Zeitraum 2019-2022 um jährlich 400 Millionen Euro auf 1,6 bis sogar 2 Milliarden Euro zu erhöhen. Die Bundesregierung geht damit bewusst eine Unterfinanzierung der Rentenkasse ein, was gleichzeitig eine zusätzliche Belastung des Bundeshaushalts bedeutet, wo man das Geld womöglich an anderer Stelle dringender braucht. Diese Steuergelder werden noch schmerzlicher vermisst werden, da ab 2016 noch die Schuldenbremse auf Bundesebene gilt und damit den finanziellen Handlungsspielraum stark eingrenzt. Wenn man sich die bisher aufgezählten Aspekte anschaut, könnte man denken, dass hier Leute komplett ohne finanzielle Erfahrung und Berater zusammengesessen haben und ein Gesetz ausgehandelt haben. Fakt ist jedoch, dass sich um die Bundesregierung handelt, die einen großen Beraterstab besitzt und Fachleute auf ihrem Gebiet dieses Gesetz ausgearbeitet haben.

Die Folgen für die RentnerInnen

Ein letzter Aspekt dieser Reform fehlt noch und zwar das Rentenniveau und die Rentenerhöhungen. Die Reform hat zur Folge, dass die Rentenerhöhungen in den nächsten Jahren sehr viel geringer oder gar nicht steigen werden, da das Rentensystem unterfinanziert sein wird und der Handlungsspielraum nur über Steuersubventionierung vorhanden ist. Hier gibt es dann jedoch die greifende und in Zukunft stark einschränkende Schuldenbremse. Das frühere Renteneintrittsalter hat damit auch für die anderen Rentner negative Folgen, wenn sie dann niedrigere Rentenerhöhungen erhalten. Die jetzt schon zum Teil sehr große Rentenarmut wird dadurch noch verschärft, sollte in den nächsten Jahren die Inflation wieder anziehen und das Geld für die ausgleichenden Rentenerhöhungen fehlen. Die gewünschte Gerechtigkeit für lang einzahlende Arbeiter und der damit verbundenen früheren Rente, wird dann zum Bumerang, wenn die Rentenjahre von Armut und sinkenden Einkommen geprägt sind. Hier führt die Erkenntnis eher zu Kopf schütteln, als zu dem Gedankengang, dass es sich hier um eine Gerechtigkeit für lang einzahlende Bürger handelt.

Für die jetzt arbeitende Bevölkerung, die nicht von diesen Regelungen betroffen ist und noch bis mindestens 2030 arbeiten muss, führen diese Regelungen dazu, dass sie für die eigene Rente ein sinkendes Rentenniveau zu erwarten hat. Das Rentenniveau wird aus Standardrente und dem durchschnittlichen Einkommen der Erwerbstätigen im selben Jahr berechnet. Die gestiegenen Kosten werden zu einer Absenkung des Rentenniveaus von vorher 44,4 % geplanten Prozenten auf 43,7 % führen, was zur Folge hat, dass der Generationenvertrag, der Gerechtigkeit schaffen soll, verwässert wird.

Fazit: Ein teuer erkaufte Wahlgeschenk

Vor dem Hintergrund all dieser Aspekte, bekommt man das Gefühl, dass dieses Rentenkonzept eher ein Wahlge-

schenk für die älteren Wähler zur nächsten Wahl ist, als wirklich eine Reform die mehr Gerechtigkeit schafft. Durch das Hinausschieben bestimmter Kostenfaktoren wie die Erhöhung der Beitragsgrenzen und langfristige Senkung des Rentenniveaus wird auf die Kurzsichtigkeit und Vergesslichkeit des Durchschnittswählers gesetzt. Dieses Gesetz wird zu einer Kostenexplosion führen und die Lasten der jüngeren Generationen deutlich erhöhen und ihre Chancen auf eine nennenswerte gesetzliche Rente deutlich vermindern, sollte das Rentenniveau weiter sinken.

Kritische Stimmen würden da schon von der Abschaffung des jetzigen Rentensystems sprechen, da es keinen Sinn mehr macht, für die jüngeren Generationen in das Rentensystem einzuzahlen. Dies kann tatsächlich den Generationenvertrag und den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden, wenn nicht vernünftige Ausgleichsregelungen geschaffen werden. Der arabische Frühling hat uns deutlich gezeigt, was passiert, wenn die jungen Menschen einer Gesellschaft das Gefühl haben, keine Zukunftschancen zu besitzen und keinen Ausweg sehen. Bei uns herrscht zwar das umgekehrte Problem der Überalterung, jedoch birgt es das Problem der zu großen Fokussierung auf die Probleme und Nöte der älteren Menschen und damit das Vergessen derjenigen, die dafür verantwortlich sind, dieses System durch ihre Beiträge zu bezahlen.

Weiterführende Links

<http://www.sueddeutsche.de/geld/rente-mit-jeder-monat-zaehlt-1.1878495>

<http://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/vorsorgen-fuer-das-alter/aelter-werden/rente-vom-staat-mit-63-jahren-in-rente-wer-kann-das-12692564.html>

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/reformplaene-der-koalition-aus-der-rente-mit-63-wird-die-rente-mit-65-12754381.html>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Rentenniveau>

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Wirtschafts_und_Finanzdaten/Produktionspotential-und-Konjunkturkomponenten.html



Die europäische Integration in der »Krise«?

Das Kandidatengeschacher in Brüssel ließ so manchen zum wiederholten Male mit den Augen rollen. Doch genau in der Frage, wie es mit der Europäischen Union weitergeht, liegt die Spannung. Es gilt, die Verbindung zwischen der jetzigen politischen Situation und grundsätzlichen Fragen der europäischen Integration herzustellen.

Ein Artikel von Torsten Gertkemper

David Cameron hatte in den letzten Wochen viel zu tun. Zu Hause konnten es die bei den Europawahlen erstarkte UKIP (die United Kingdom Independence Party holte den Wahlsieg mit 28 %) und viele Parteifreunde gar nicht abwarten, ihrem Premierminister zu schaden. In Europa zog er von vielen Seiten den Unmut auf sich, weil er den Spitzenkandidaten der EVP, Jean-Claude Juncker, nicht akzeptieren wollte. Jetzt ist dieser gewählt. Doch woran entzündete sich der Streit genau und was bedeutet dieser für die europäische Integration? Sind wir an einer natürlichen Grenze angelangt oder handelt es sich um einen nicht aufzuhaltenden Prozess? Auch wenn man das noch nicht weiß, kann man an der aktuellen Situation Grundprobleme der europäischen Integration verdeutlichen.

Der Streit um Juncker

Der Grund, weshalb überhaupt über Spitzenkandidaten diskutiert wurde, liegt etwa zwölf Jahre zurück. Damals kam zum ersten Mal der Wunsch nach einem personalisierten Wahlkampf auf. Ironischerweise auch von Leuten wie Victor Orbán, der sich heute an nichts mehr erinnern will.² Die Zuspitzung auf zwei zentrale Figuren wie bei dieser Wahl erfolgte aber durch das Europaparlament und dessen Präsident Martin Schulz. Sein Vorschlag, den Kandidaten der siegreichen Partei zwingend zum neuen Kommissionspräsidenten zu bestimmen, stieß auf große Gegenliebe.

Die Wahl ist gelaufen und die Konservativen konnten sich gegen das sozialdemokratische Lager durchsetzen.³ Der logische Schluss war, dass nun Jean-Claude Juncker, Kandidat der Konservativen, Kommissionspräsident wird. Doch David Cameron und Victor Orbán, aber auch die Premiers Schwedens und der Niederlande, Reinfeldt und Rutte, hatten Vorbehalte.⁴ Orbán hatte vor allem persönliche Gründe, während Mark Rutte durch Juncker die Spardisziplin gefährdet sah.

Die rechtliche Grundlage

Der Kommissionspräsident wird dem Parlament vom Europäischen Rat, also von den 28 Staats- und Regierungschefs, vorgeschlagen, nachdem der Kandidat zuvor im Rat mit qualifizierter Mehrheit gewählt wurde. Das Parlament kann ihn annehmen oder ablehnen. Beratungen zwischen Parlament und Rat sollten vorher stattgefunden haben.

So steht es in Art.17 Abs.7 des EU-Vertrags⁵. Und an diesem Punkt beginnt der Streit. Aus dem Vertrag geht

nicht hervor, dass der Spitzenkandidat der Gewinnerpartei automatisch Kommissionspräsident werden muss. Nach den Verträgen verhielten sich die Staats- und Regierungschefs also korrekt. Doch ist damit bereits alles gesagt?

Das Problem der Glaubwürdigkeit

Der erste Verdacht, der sich aufdrängt, ist der des Wählerbetrugs. Merkel und Co. hatten versprochen, dass der Spitzenkandidat des siegreichen Lagers Kommissionspräsident wird. Nun mussten sie das Versprechen halten. Das spiegelt sich auch in vielen Kommentaren wider, zum Beispiel bei Rolf-Dieter Krause: »[...] denn Frau Merkel plant in aller Offenheit einen Betrug.«⁶ Diese Aussage war zunächst richtig. Doch Angela Merkel fürchtet, dass die Europäische Union auseinander brechen könnte oder dass, und dies wäre für sie mindestens genauso gravierend, Großbritannien die Union verlässt. Viele Menschen dort wollten am liebsten schon gestern ausgetreten sein. So trafen also mit Merkel und Cameron zwei enorm unter Druck stehende Spitzenpolitiker aufeinander.

Wenn man dieses Spiel nun beobachtet, kann man erkennen, dass sich hier viel abstraktere Probleme herausarbeiten lassen; Probleme, die die Europäische Gemeinschaft seit der Politik Charles de Gaulles in den frühen 60er-Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts bewegen. Vereinfacht gesagt stehen sich Unionisten, die einen Staatenbund wollen, und Föderalisten, die letztendlich einen Bundesstaat wollen, gegenüber.

Unterschiedliche Ziele

Ein Zeichen von mehr Integration und einer Stärkung Europas ist in den Augen vieler Menschen die Personalisierung des Europawahlkampfes, also die Schaffung von Spitzenkandidaten. Mit dieser Transparenz könnte eine größere Identifikation mit Europa geschaffen werden. Auch vor der Direktwahl anderer Posten soll nicht Halt gemacht werden.⁷ Da wirkt das zögerliche Verhalten der Premierminister wie ein Schlag ins Gesicht. Sie verweigern die Schaffung einer für den Wähler verständlichen Institution, weil sie einen eigenen Machtverlust fürchten.

Diese Ansicht findet sich vor allem in der linksliberalen Publizistik. So sieht Jürgen Habermas »den künstlichen [...] Charakter eines im Europa des 19. Jahrhunderts konstruierten Bewusstseins nationaler Identität.«⁸ Robert Menasse geht sogar noch weiter; er sieht die Lösung von Krisen nur in der »Überwindung«⁹ des Nationalstaates.

Doch natürlich gibt es auch genau entgegengesetzte

Meinungen. Der tschechische Politiker Václav Klaus vertritt die Ansicht, dass Föderalisten eine Gefahr für Europa darstellen. Er spricht davon, dass man die »Zentralisierung aufhalten«¹⁰ müsse. Letztendlich disqualifiziert er sich an anderer Stelle selbst, indem er von einer »grünen Ideologie« spricht, die eine unwahre »Doktrin der globalen Erwärmung« verbreite. Dennoch vertritt er eine nicht unwichtige, der europäischen Integration kritisch gegenüberstehende Meinung, die weit verbreitet ist. Er hat berühmte Unterstützer aus der Geschichte: Charles de Gaulle sprach schon von einem »Europa der Vaterländer«.

Etwas seriöser, aber in ähnlicher Art und Weise äußert sich der Bonner Jurist Udo di Fabio, ehemals angehöriger des Bundesverfassungsgerichtes. Für ihn mache der Ruf nach einer zentralen Wirtschaftspolitik deutlich, dass »die immer engere Union auf schlichte Funktionsgrenzen und deshalb auf Grenzen der Akzeptanz stößt.«¹¹

Doch was bedeutet das für die Frage, wer Kommissionspräsident wird? Wenn man die beschriebenen Meinungen zu Grunde legt, kann darüber kontrovers diskutiert werden.

Besonnen oder beschämend?

In den Augen von Leuten wie Václav Klaus oder Udo di Fabio handelte Angela Merkel sehr besonnen. In ihren Augen schob sie der »Selbstermächtigung«¹² des Parlaments vorerst einen Riegel vor und bewahrte Europa damit vor Schlimmerem. Die Skeptiker einer fortlaufenden europäischen Integration haben ein großes Argument: den Lissabon-Vertrag. Hier ist eine direkte Kür des Spitzenkandidaten zum Kommissionspräsidenten nicht vorgesehen. Deshalb fragt di Fabio: »Was ist eigentlich das Ergebnis der Europawahl, das nun die Ernennung Jean-Claude Junckers zum Kommissionspräsidenten erlauben soll?«¹³ Bislang sei immer eine Mehrheitsentscheidung »in dem kooperativen Geist« gefällt worden, der den Frieden des Kontinents sichere. Diese Logik scheint zunächst einleuchtend, doch Rechtspositivismus (»Eine [...] Parlamentssuprematie ist vom Recht nicht erlaubt [...]«) greift in diesem Fall zu kurz. Zweifellos hat di Fabio Recht mit dem, was in den Verträgen steht. Doch ist es deshalb gleich gut?

Fakt ist, dass die Staats- und Regierungschefs ein Versprechen abgegeben haben und sich mit der Einhaltung zu viel Zeit gelassen haben. Angela Merkels Verhalten als »dumm« zu bezeichnen, so wie es Krause in der ARD tat, ist nicht angemessen. Dennoch spielt sie mit dem Vertrauen der Wähler, für das sie sich regelmäßig bedankt. Rechtspositivismus ist hier das denkbar schlechteste Mittel, das Zutrauen in Europa zu stärken.

Europa in der Krise?

Das Wort »Krise« ist so oft gebraucht worden, dass es mittlerweile nicht mehr das Papier wert ist, auf dem es steht. Dennoch ist die Geschichte Europas eine Geschich-

te der Ausnahmesituationen. Sei es während der »Politik des leeren Stuhls« durch Charles de Gaulle in den 1960er Jahren, der so genannten Eurosklerose in den 1970er Jahren oder den heutigen Wirtschafts- und Währungsproblemen.

Wie so oft steht Europa an einer Weggabelung: Weitere Vertiefung der Gemeinschaft oder Stärkung der nationalen Belange? Bisher ist man immer den ersten Weg gegangen, wenn man auch manchmal zögerte. Die Antworten auf die verschiedenen »Krisen« können unterschiedlich sein und sollten vorsichtig abgewogen werden.

In der »Causa Juncker« allerdings ist eine Vertiefung der Integration sinnvoll. Er ist dafür bekannt, dass er einen »eigenen Kopf« hat. Identifizierung mit einem zunächst abstrakten Gebilde gelingt am besten durch Personen. Wenn man dann auch noch versprochen hat, diese Person zum Präsidenten der Kommission zu machen, sollte man sich daran halten. David Cameron und die anderen Juncker-Gegner hätten vor der Wahl ihre Position klarer markieren müssen. Sie haben mit ihrer Glaubwürdigkeit gespielt – und die ist ein hohes Gut in einer Demokratie.

Fußnoten

- 1) Wintour, P. / Watt, N.: Ukip wins European elections with ease to set off political earthquake, in: www.theguardian.com/politics/ (zuletzt abgerufen am 23.6.14).
- 2) Brössler, D.: Ein halber Schritt zu mehr Demokratie, in: www.sueddeutsche.de (zuletzt abgerufen am 22.6.14).
- 3) http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/bundesergebnisse/ (zuletzt abgerufen am 23.6.14).
- 4) <http://www.heute.de/mini-eu-gipfel-juncker-poker-in-schweden-33507206.html> (z.a.a. 23.6.14)
- 5) Bundeszentrale für politische Bildung: Wahlen zum europäischen Parlament. Kompetenzen und Aufgaben, in: www.bpb.de (z.a.a. 22.6.14).
- 6) Krause, R.-D.: Merkels Spiel ist ungewöhnlich dumm, in: <http://www.tagesschau.de/europawahl/> (z.a.a. 22.6.14)
- 7) Der Politologe Frank Decker der Universität Bonn schlug auf einer Podiumsdiskussion mit dem Vorsitzenden der FDP, Christian Lindner, vor, die EU-Kommissare wählen zu lassen.
- 8) Habermas, J.: Wie demokratisch ist die EU? Die Krise der Europäischen Union im Licht einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (8/2011).
- 9) Menasse, R.: Countdown: Europa, in: *Europäische Inte-*

gration. Interessen, Prozesse, Politiken.

- 10) Klaus, V.: Nach vier Jahren wieder eine Dresdener Rede über Europa, in: www.klaus.cz. (z.a.a. 19.3.2012)
- 11) Di Fabio, U: Eine demokratische Zäsur? Wie Jürgen Habermas die Wirklichkeit der Europawahl auf den Kopf stellt, in: FAZ vom 10.06.2014, S.7.
- 12) Ebd.
- 13) Ebd.

Impressum

dispositio & opinio

- » **Herausgegeben von
Julius Lübbersmann und Hendrik Erz**
- » **V.i.S.d.P. nach §9 (Landespressegesetz NRW) sind die Herausgeber
Julius Lübbersmann und Hendrik Erz.**
- » **Hendrik Erz**
Herausgeber
Johannesstr. 14
53225 Bonn
hendrik.erz@dispositio-opinio.de
- » **Julius Lübbersmann**
Herausgeber
Brüdergasse 9
53111 Bonn
julius.luebbersmann@dispositio-opinio.de
- » **Copyright-Nachweise der Photographien**
Cover Privat / Hendrik Erz (CC BY-NC-SA 4.0)
Seite 1 Privat / Hendrik Erz (CC BY-NC-SA 4.0)
Seite 11 Flickr.com / Chris Zielecki (CC BY-NC-SA 2.0)
Seite 27 Flickr.com / Martin Fisch (CC BY-SA 2.0)
Seite 35 Flickr.com / Martin Fisch (CC BY-SA 2.0)

Alle weiteren Bilder sind Miniaturen der oben nachgewiesenen Abbildungen.

Sämtliche Autorenfotos sind privat und wurden mit Erlaubnis der Autoren abgedruckt.

dispositio & opinio stellt eine Verbreitungsplattform für Meinungen und einen öffentlichen Diskurs dar. Die Herausgeber distanzieren sich ausdrücklich von allen in dieser Zeitschrift veröffentlichten Inhalten. Alle Autoren sind jeweils nur für ihre eigenen Artikel verantwortlich. Die Artikel spiegeln lediglich die Meinungen der jeweiligen Autoren wider.

Die nächste Ausgabe

Die nächste Ausgabe von dispositio & opinio wird im Herbst 2014 erscheinen. Wann genau, werden wir euch wie üblich über unsere Internetpräsenz bekannt geben. Für die Ausgabe sucht die Redaktion natürlich wieder fleißige Autorinnen und Autoren, die ihre Meinung kundtun möchten und die Leser informieren wollen.

In der Zwischenzeit: Besucht uns auf unserer Facebook-Seite, durchstöbert unsere Internetpräsenz und sucht euch Artikel aus dieser Ausgabe, auf welche ihr antworten wollt, oder schreibt über neue Themen. Alles, was ihr dazu braucht, findet ihr auf unserer Internetseite www.dispositio-opinio.de Wir wünschen euch schöne Semesterferien - bis zur nächsten Ausgabe!

Redaktion

Svenja Hartmann
Julian von Mach
Tim Niendorf

dispositio & opinio
Ausgabe 02/2014

Erscheinungsdatum: 15.08.2014

Auflage: digital

DOP im Web



DOP auf Facebook

